

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,-- Reichsmark voraus zahlen. Lieferantenschein für Deutschland, Dänemark, Georgien und Rumänien, Österreich, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" mit "Sichtung und Feingarten" sowie der Beilage "Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage "Frauenstimme" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraph-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeitung 70 Pfennig, Restausgabe 40 Reichsmark. "Kleine Anzeigen" das halbe Blatt 20 Pfennig, das ganze Blatt 40 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnement Seite 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 202-203
Verlag: Dönhof 2506-2507

Donnerstag, den 16. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Volkshaus: Berlin 37536 - Bankkonto: Postkassa der Diefenb.-Gesellschaft, Tepelkenstraße Lindenstraße 3

Für den Kandidaten der Republik!

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Die Wahl des Reichspräsidenten macht ein klares, eindeutiges Bekenntnis zum sozialen und demokratischen Volkswort erforderlich.

Monarchie oder Republik?

Absolutistischer Obrigkeitstaat oder Volksherrschaft?

Militarismus oder Völkerveröhnung?

Das sind die Fragen, die das werktätige Volk am 26. April zu entscheiden hat.

Der sogenannte Reichsbund, der vom Reichslandbund und vom Reichsverband der Deutschen Industrie getragen wird, ist für die fürchterliche Not und das große Elend der Inflationsjahre verantwortlich. Er hat die Ausschließlichkeit seines ersten Kandidaten Jarres ertanzt. Es ließen sich mit seiner Kandidatur keine parteipolitischen Geschäfte machen. So ist der Reichsbund auf den überflüssigen Gedanken verfallen, Hindenburg als Kandidaten aufzustellen, einen Mann, der in richtiger Selbsterkenntnis bisher nie den Anspruch erhoben hat, eine politische Rolle zu spielen, einen Mann, dessen ehrwürdiges Alter ihn davor schützen sollte, ein Opfer der Raschheit angeblich nationaler Parteien zu werden.

Diese Spekulation auf den Namen Hindenburg dient nur dem Zweck, hinter einer scheinbar überparteilichen Kandidatur zu verbergen, was der Reichsbund beabsichtigt:

Die Vorherrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktionsäre.

Die diese Schiebung zustande gebracht haben, die Festigung ihres unkontrollierbaren Einflusses auf die Führung der Reichsgeschäfte. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Hindenburg nur dem Namen nach Präsident des Reiches sein soll. In Wahrheit wäre die Führung des Reiches den geschworenen Gegnern seiner Verfassung überantwortet, die jede sich ihnen bietende Gelegenheit benutzen würden, an Stelle der demokratischen Republik das alte Herrschaftssystem wieder aufzurichten und die Rechte der Arbeitnehmer zu beseitigen, die in mühevollen Kämpfen den Feinden ihres Aufstiegs abgerungen wurden.

Für die Gegner der Republik ist gerade Hindenburg der geeignete Mann. Schon während des Krieges hat er sich von Ludendorff, Tirpitz und den übrigen Kriegsverlängerern dazu mißbrauchen lassen, alle Maßnahmen mit seinem Namen zu decken, durch die das deutsche Volk in das tiefste Elend gestürzt wurde.

In diesem Kampf kann es für die in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmer keinen Zweifel geben, daß sie dem dreifachen Versuch des Reichsbundes und seiner Mitläufer, sich der Führung der Republik zu bemächtigen und auf Schleichwegen die

Verfassung nach ihren Wünschen umzugestalten, einwütigen Widerstand entgegenzusetzen müssen. Die Gewerkschaften haben sich bei mehr als einer Gelegenheit in den letzten krisenreichen Jahren als Verteidiger der Republik, als Hüter der Einheit des Reiches, als mächtige und zielbewußte Schützer der Demokratie bewährt. Sie dürfen auch in dieser entscheidenden Stunde nicht versagen. Die demokratischen Einrichtungen der deutschen Republik sind die Grundlagen einer besseren Zukunft für das arbeitende Volk, an ihnen darf nicht gerüttelt werden.

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden nicht dulden, daß an die Spitze des Reiches ein Repräsentant jener Parteien tritt, die ausschließlich Unternehmerinteressen vertreten und ihre Machtposition im wirtschaftlichen und politischen Leben zu verfestigen trachten. Die Gewerkschaften rufen deshalb ihre Mitglieder auf, sich geschlossen für

Wilhelm Marx,

den Kandidaten der republikanischen Parteien einzusetzen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Ihr habt die Macht, die Pläne der Reaktion zum Scheitern zu bringen!

Denkt an den Weltkrieg und seine entsetzlichen Folgen!

Denkt an die Millionen von Toten, Krüppeln, Witwen und Waisen! Denkt an die sinnlose Zerstörung von Kultur und Wohlstand!

Wenigste dieser Opfer wären den Völkern erspart geblieben, wenn sie sich rechtzeitig von dem verhängnisvollen Einfluß der Militaristen freigemacht hätten.

Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Vorherrschaft des Unternehmertums und seiner politischen Hilfstruppen,

im Kampfe für die politische und wirtschaftliche Freiheit ist es eine Pflicht der Selbsterhaltung aller Gewerkschafter, am 26. April

gegen Hindenburg — für Wilhelm Marx

zu stimmen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Aufhäuser. Stähr.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Falkenberg. Kober.

öffentlichen Ämtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis ist. Gerade diese Verfassungsbestimmungen müssen mit peinlichster Sorgfalt gewahrt werden, sie entsprechen dem von mir stets verteidigten Grundsatz der bürgerlichen Toleranz. Ihre Annäherung in der Verfassung ebenfalls verdrängte Recht der freien Meinungsäußerung wird dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt, es gilt auch in Fragen der Religion. Wie sich der einzelne auch zu diesen letzten und tiefsten Fragen stellen mag, in dem einen Wunsche sollten wir uns alle finden, daß die positiven religiösen Kräfte in unserem Volke auch nutzbar gemacht werden für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Wichtige Beratungen in Wien.

Wien, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Parteiführer sind telegraphisch nach Wien zu einer Sitzung des Hauptauschusses berufen worden. Der Hauptauschuss will sofort alle noch erforderlichen Maßnahmen durchführen, damit der Vertreter Österreichs beim Völkerbund erklären kann, daß Österreich alle im ausgetragenen Verpflichtungen restlos erfüllt hat und infolgedessen die wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit Österreichs wieder hergestellt werden soll.

Die belgische Regierungsbildung.

Vandervelde verhandelt mit den Parteiführern.

Brüssel 15. April (Eigener Drahtbericht.) Vandervelde hatte im Laufe des Mittwoch Besprechungen mit dem Führer der flämisch-katholischen Demokraten, dem Antwerpener Bürgermeister von Gaudelaert, und dem liberalen flämischen Demokraten, dem früheren Kolonialminister Francot, ohne ihnen jedoch einen Ministerposten anzubieten. Beide erklärten, sich erst mit ihrer Parteigruppe beraten zu wollen. Ferner hatte Vandervelde eine Aussprache mit dem liberalen Justizminister Raillon und dem christlichen Arbeitsminister Ichoffier. Wie zu erwarten war, gestalteten sich diese Verhandlungen Vanderveldes mit den führenden bürgerlichen Politikern ziemlich schwierig. Sie werden aber fortgesetzt werden.

Painlevés Kabinett.

Caillaux Finanzminister?

Paris, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Painlevé hat im Laufe des Mittwoch zahlreiche Unterredungen mit Führern der vier Parteien des Linksbundes gehabt und daraufhin am Nachmittag den Antrag zur Bildung des Kabinetts angenommen. Da der Nationalrat der sozialistischen Partei die Befehlsgewalt an einem bürgerlichen Ministerium endgültig abgeteilt hat, wird sich das neue Kabinett in gleicher Weise wie das Kabinett Herriot aus Politikern der drei bürgerlichen Gruppen des Kartells zusammensetzen. Trotz der ablehnenden Haltung, die Herriot am Dienstag eingenommen hat, glaubt man in parlamentarischen Kreisen Grund zu der Annahme zu haben, daß er doch noch das Auswärtige Amt übernehmen wird. Für das Gerücht, daß Painlevé die Absicht habe, Caillaux als Finanzminister in das Kabinett aufzunehmen, war bis Mittwochabend eine Bestätigung nicht zu erlangen. Tatsache ist jedoch, daß Caillaux von Painlevé für Mittwochabend zu einer Unterredung gebeten worden ist.

Die vom Nationalrat der sozialistischen Partei am Mittwoch auf Antrag des Genossen Marquet einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut: „Der Nationalrat der sozialistischen Partei billigt die Durchführung, welche die Beschlüsse der Partei durch den Vorstand unserer Parlamentarieraktion erfahren haben. Durchdrungen von dem außergewöhnlichen Ernst der gegenwärtigen politischen und finanziellen Lage ist der Kongreß der Auffassung, daß das Aktionsprogramm, das die Partei nach den Wahlen vom 11. Mai beschlossen hat, in Kraft bleiben muß und daß demgemäß die Politik der Unterstützung jeder Regierung gegenüber fortzusetzen die Pflicht ist, welche die von der Partei seit zehn Monaten aufrechterhaltene geforderte Politik weiterzuführen entschlossen ist. Der Kongreß beauftragt die Parlamentarieraktion und den Vorstand, in enger Fühlungnahme mit dem französischen Gewerkschaftsbund die politische Entwicklung wachsam zu verfolgen und gemäß den Beschlüssen des Parteitages vom Juni 1924 im Interesse der Partei der Arbeiterklasse und des Landes zu handeln in Erwartung des Zusammentritts eines neuen Parteitages.“ — Der Nationalrat beauftragte eine Kommission, zusammengesetzt aus den Genossen Paul Faure, Leon Blum, Renaudel, Lurial, Brode und Baranne, eine an das Land zu richtende Erklärung zu entwerfen.

Für den Präsidenten der Deputiertenkammer Paul Painlevé bedeutet es kein leichtes Opfer, seinen gesicherten Posten gegen das Amt des Ministerpräsidenten einzutauschen, das in der gegenwärtigen Situation mehr eine Bürde als eine Würde ist, und obendrein eine sehr unsichere. Denn durch die Tatsache der Neubildung des Kabinetts wird die andere Tatsache des Konfliktes zwischen Senatsmehrheit und Kammermehrheit nicht beseitigt. Es ist daher erklärlich, daß Painlevé zunächst das Angebot Doumergues, die neue Regierung zu bilden, kategorisch abgelehnt hatte. Wenn er sich jetzt, zumal nach dem Mißerfolg Briand's, von seinen Freunden hat breitschlagen lassen, den abermals an ihn gerichteten Auftrag doch anzunehmen, so dürfte der Grund dafür darin liegen, daß er wie kaum ein anderer in der Lage ist, die Politik des Kartells der Linken, also die Politik Herriots fortzusetzen und dabei trotz dem die widerstrebende Mehrheit des Senats zu befähigen. Wie lange ihm dies gelingen wird, ist aber eine andere Frage, deren Beantwortung weniger von der Programmklärung als von den Namen abhängt, die auf seiner Ministerliste stehen werden. Wenn z. B. Briand, wie allgemein erwartet wird, ein Ministeramt, vielleicht sogar das wichtige Ressort des Außenministeriums übernimmt, so würde dies auf gewisse schwankende Elemente des Senats zunächst einen gewissen Eindruck machen. Außerdem bedeutet der Abgang Herriots vom Ministerpräsidentenposten jedenfalls eine Entspannung in diesem Konflikt zwischen Senat und Kammer.

Andererseits hängt die Wirkung der Painlevéschen Kabinettsbildung auf die Gesamtlage in erster Linie davon ab, ob sich die Gerüchte bestätigen, wonach Caillaux des Finanzministeriums angefragt werden soll. Zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, ist das Ergebnis der Unterredung, zu der Painlevé Caillaux gebeten hat, in Berlin noch nicht bekannt. Daß der neue Ministerpräsident auf diese Mitarbeit einen ganz besonderen Wert legt, geht daraus hervor, daß er sein eigenes Dienstauto nach dem etwa 200 Kilometer von Paris entfernten liegenden Städtchen Namers, dem ständigen Wohnsitz Caillaux in seiner Verbannungzeit, entsandt hat, damit dieser noch am Mittwochabend in Paris eintreffen konnte. Daß seiner außerordentlichen finanziellen Fähigkeiten gilt Caillaux allgemein als der einzige Retter in der Not. Auch er würde allerdings Rettung nur mit solchen radikal-demokratischen Mitteln bringen können, gegen die die Senatsmehrheit gesträubt und doretwegen sie Herriot gestürzt hat. Ueberhaupt würde die Berufung des von der Reaktion am meisten gehaßten Mannes auf die Rechte wie eine Provokation wirken, zumal es noch immer sehr viele Franzosen gibt, die überzeugt sind, daß Caillaux sein Land während des Krieges an Deutschland verraten hat. Indessen ist der gleiche irrsinnige Vorwurf von den Faschisten im Léon Daude auch gegen Painlevé im Jahre 1917 erhoben worden, weil er eine scheinbare eingeleitete Offensive in der Champagne infolge alarmierender Nachrichten über hohe Verluste vorzeitig gestoppt

Es lebe die Republik!

Marx in Stettin.

Stettin, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsidentschaftskandidat der republikanischen Parteien Marx traf am Mittwoch, abends kurz nach 7 Uhr, von Königsberg kommend, hier ein. Auf dem Bahnhof hielten sich die Vertreter der preussischen Behörden, der Gewerkschaften und des Reichsbanners zum Empfang eingefunden. Vor dem Stationsgebäude, wo Tausende von Menschen und Reichsbannertruppen Aufstellung genommen hatten, wurde Marx ähnlich wie in Königsberg ein begeistertster Empfang zuteil. Die Kundgebungen wurden auf dem Wege zur Turnhalle, wo die eigentliche offizielle Feier vorgesehen war, fortgesetzt. Hier erwarteten wiederum Tausende von Republikanern den gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Parteien. Marx dankte der begeistertsten Menge in kurzen Worten und forderte sie dann zu einem Hoch auf die Republik auf. Neben der offiziellen Kundgebung mußte er u. a. noch in mehreren Parallelsammlungen sprechen. In der Hauptveranstaltung äußerte er u. a.:

Der Gedanke, die in der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich festgelegte Staatsform mit Gewalt zu ändern, ist so absurd, daß er heute selbst von solchen fallen gelassen wird, die lange Zeit mehr oder weniger ernsthaft mit ihm gespielt haben. Wir sollten Gott danken, daß nach dem militärischen Zusammenbruch im Herbst des Jahres 1918 nicht das Chaos über uns hereingebrochen ist und daß es gelang, in Weimar eine staatliche Ordnung neu zu begründen. In dieser Ordnung müssen wir festhalten, wenn wir unser Land und unser Volk vor neuen schweren Erschütterungen bewahren wollen. Wir müssen uns aber auch peinlich hüten, diese Ordnung in den Augen des deutschen Volkes und des Auslandes als minderwertig herabzusetzen. Die Forderung der Moral im privaten wie im öffentlichen Leben ist tief zu verankern. Sie ist eine der traurigen Folgen des unglückseligen Krieges, an deren Beseitigung wir alle ebenso mitarbeiten müssen, wie an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau dessen, was durch den Krieg zerstört wurde. Ich halte es für eine Ehrenpflicht aller Bekenntnisse, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Mit der Kritik allein ist es nicht getan.

Die Weimarer Verfassung gewährleistet allen Bewohnern des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und die ungehinderte Religionsübung; sie bestimmt ferner, daß der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zuführung zu

haben sollte. Daraus kann man übrigens ersehen, daß wahn- sinnige Verleumdungen nicht nur ein deutsch-national-völkisches Monopol, sondern eine international-nationalistische Erscheinung sind.

Die Berufung Caillaux würde für Frankreich, aber auch für ganz Europa ein politisches Ereignis ersten Ranges sein. Sie würde sogar einer nur selten durchbrochenen Gepflogenheit widersprechen, wonach Minister nur aus den Reihen des Parlaments ernommen werden; allerdings hätte Caillaux jederzeit die Möglichkeit, ein Mandat für eine der beiden Kammern zu erlangen. Aber selbst, wenn die Berufung Caillaux aus diesem oder jenem Grunde nicht erfolgen sollte, so würde schon die Absicht Painlevés, dessen Mitarbeit zu gewinnen, den klarsten Beweis dafür liefern, daß er entschlossen ist, die Politik des Linksblocks fortzusetzen.

Painlevés, der übrigens als Gelehrter einen bedeutenden Ruf genießt, — er war Professor der Mathematik und Physik an der Pariser wissenschaftlichen Fakultät — gilt allgemein auch politisch als ein aufrichter Mensch und ein mutiger Kämpfer für die demokratischen Ideale. Gegen ihn könnte höchstens eingewendet werden, daß er, ebenso wie Herriot, oft schwankend und beeinflussbar ist. Daß er aber reinen Willens ist, das wird sogar von seinen Gegnern anerkannt. Den Sozialisten, die wieder einmal beschloffen haben, sich an der Regierung aktiv nicht zu beteiligen, aber das neue Kabinett zu unterstützen, dürfte die Unterstützung Painlevés wesentlich leichter fallen als eine Unterstützung Briands und jedenfalls nicht schwerer als die bisherige Unterstützung Herriots.

Die Frage, wie der neue französische Ministerpräsident über Deutschland denkt, wäre bereits durch den Hinweis auf die nahezu vollkommene Ideengemeinschaft zwischen ihm und seinem Vorgänger Herriot ausreichend beantwortet. Indessen dürfte es, namentlich in der gegenwärtigen Situation, von Interesse sein, einige Stellen aus den Erklärungen abzufragen, die Painlevés unmittelbar nach den Neuwahlen, am 20. Mai 1924, einem Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion gegenüber in Paris getan hatte:

„Nichts wäre verhängnisvoller als eine Disharmonie von der Art, daß in Deutschland eine am Ruher befindliche Regierung eine entgegenkommende Haltung Frankreichs als Schwäche auslegen würde, die man nun ausnützen könnte. Eine wahre Katastrophe mit unübersehbaren Folgen könnte aus einer solchen Disharmonie zwischen beiden Regierungen entstehen, und ich habe die unbedingte Hoffnung, daß die demokratischen Parteien in Deutschland sozial-psychologisches Verständnis aufbringen werden, um die wirkliche Geistesverfassung Frankreichs, so wie sie durch die letzten Wahlen enthüllt wurde, zu begreifen und genügend Kraft, um ihre Anschauungen den offenen und versteckten Chauvinisten aufzuzwingen: also nicht nur denen, die gewalttätige Revanche predigen, sondern auch denen, die die soziale Ausföhrung des Sachverständigenrats und überhaupt jede friedliche Vereinbarung sabotieren möchten.“

Wenn es anders kommen sollte, und wenn die Parteien der Gewalt und der List einen wirklichen Einfluß auf die deutsche Politik ausüben sollten, dann würde sich die französische Demokratie nicht täuschen lassen und jede friedliche Regelung der zwischen beiden Völkern schwebenden Fragen wäre auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Das wäre eine bittere Enttäuschung für alle diejenigen, die glauben, daß eine aufrichtige Annäherung zwischen den drei Demokratien Frankreich, Deutschland und England allein die Zukunft für die Zivilisation Europas zu gewährleisten vermag.“

In dem Augenblick, in dem Painlevés die Geschicke der französischen Politik übernimmt, und im Hinblick auf die Entscheidung vom 26. April ist es wohl nicht überflüssig, an diese Erklärungen zu erinnern.

Dank Sem meldet sich. Eine Rote Nordamerikaner macht die rumanische Regierung darauf aufmerksam, daß Rumänien zwar mit anderen Nationen Verhandlungen geführt habe, um seine Schulden zurückzahlen, jedoch bisher keinerlei Schritte zur Rückzahlung seiner Schulden an Amerika unternommen habe.

Hindenburg soll reden . . .

Sogar politisch!

Vom „Reichsblock“ wird mitgeteilt:

Am Sonntag abend findet in Hannover ein Empfang statt, zu dem der „Reichsblock“ Vertreter der ausländischen und inländischen Presse und Vertreter der Wahlkreisausschüsse in großem Umfang einladen wird. Auf diesem Empfang wird Hindenburg eine politische Rede halten.

Da hat der alte Mann so und so oft erklärt, daß er sich um Politik sein Leben lang nicht bekümmert habe. Und nun soll er bei einem so illustren „Empfang“ gar noch eine politische Rede halten! Man wird sich schon im voraus freuen über die Jubelphymnen, die am Montag in den Blättern des Reichsblocks angestimmt werden über die „markigen Worte“, wie der „Jubel aufstog“ und so weiter. Das Schmalz um die Jarresrede ist eingetrocknet, jetzt kommt der Honig, um die „politischen“ Aeußerungen des unpolitischen Voebell-Gefangenen zu versüßen.

Goldene Hindenburg-Worte III.

Lieber Fürstengunst als Volksgunst.

Nach der Befreiung Ostpreußens erhielt Hindenburg aus der ost- und westpreussischen Bevölkerung Zeichen dankbarer Verehrungen. In den Erinnerungen von Tirpitz heißt es darüber:

„Es ist rührend anzusehen, wie das Volk ihn hier auf Händen trägt, jung und alt, Greise und Mütterchen, geschweige denn die Jugend machen Front, wo er sich nur blicken läßt. Er kann sich gar nicht bergen vor Blumen.“

Als Hindenburg auf die Kundgebungen der Bevölkerung hingewiesen wurde, sagte er:

„Ja, die Leute sind rührend, aber ich würde gern darauf verzichten, wenn mein kaiserlicher Herr mich weniger disfavorisierte.“

Um einen gnädigen Blick, einen Händedruck von Wilhelm II. hätte Hindenburg die dankbare Verehrung eines Volkes hingegeben! Lieber Fürstengunst als Volksgunst!

Heute werden die Wähler der Kandidatur Hindenburg um die Gunst und um die Stimmen des Volkes für Hindenburg, dem die Volksgunst nichts, die Fürstengunst alles ist.

Denkt an seine Geringschätzung der dankbaren Verehrung eines Volkes am 26. April. Der Mann der Fürstengunst kann nicht Präsident der deutschen Republik werden.

Wählt Wilhelm Marx!

Alles für Hindenburg.

Auch die Lüge.

Die reaktionäre Presse ist in Verzweiflung, da sie sieht, wie die Kandidatur Hindenburg dem Eifer der republikanischen Parteien einen mächtigen Anstoß gegeben hat. Sie sucht deshalb Gerüchte auszubreiten, daß die Sozialdemokratische Partei in der Frage der Wahlstimme uneinig sei.

Die „Bommerische Tagespost“ erfindet eine Entschließung des Wahlvereins Halle gegen Marx. Das ist Schwindel: eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins Halle vom 9. April hat bewiesen, daß die halleschen Genossen sich mit aller Kraft für Marx gegen Hindenburg einsetzen werden.

Die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ läßt sich — wahrscheinlich aus derselben Quelle, die die „Bommerische Tagespost“ bedient — mitteilen: „Der Widerstand innerhalb der Sozialdemokratie gegen die Präsidentschaftskandidatur Marx wird jetzt auch von sozialistischer Seite bestätigt.“ Das ist natürlich ebenso Schwindel.

Die Herren vom Rechtsblock, die ihre letzten Hoffnungen auf solche Lügen setzen, mögen doch den Kopf nicht in den Sand stecken. Wenn etwas geeignet war, den letzten sozialdemokratischen Wähler für Marx an die Wahlurne zu bringen, dann ihre famose Kandidatur-Hindenburg!

Empfang in Hannover.

Hindenburg unter der Zensur des Kammerdieners.

Man schreibe uns:

Der Korrespondent einer der größten Zeitungen der Welt fühlt sich sicher. Mit einem Präsidentschaftskandidaten zu sprechen steht ja auf keine Schwierigkeiten. Außerdem ist er in diesem Fall mit einem Brief versehen, den ein Verwandter (ein alter Bekannter des Korrespondenten) an den Kandidaten schrieb.

Jedoch ist der Diener in dem kleinen Haus in Hannover ohnweidend: „Erzählen Sie mir diesen Brief von Herrn v. I. Er wird mich sicher empfangen.“

Der Diener reißt den adressierten Brief auf und liest. „Sie sind von einer Zeitung ausgeschlossen. Erzählen Sie mir diesen Brief.“

„Ich bin aber doch aus Berlin eigens deswegen gekommen.“

„Und wenn Sie aus Afrika gekommen wären, Erzählen Sie mir doch nicht.“

Der Korrespondent wird diplomatisch. „Sehen Sie, Erzählen Sie mir doch jetzt kein Privatmann. Zeigen Sie ihm diesen Brief.“

„Erzählen Sie mir doch täglich Hunderte von Briefen, er liest keinen.“

„Bergehen Sie doch nicht, dieser Brief ist von einem nahen Verwandten.“

Dies wirkt. In einer halben Minute ist der Diener wieder da. „Erzählen Sie mir, er kennt den Schwindel, daß solche Zeitungsteile zu seinen Verwandten herausgehen und ohne sie zu kennen Empfehlungen verlangen.“

„Dann werde ich Herrn v. I. bitten, Erzählen Sie telephonisch anzurufen und mich als alten Bekannten legitimieren.“

„Auf Wiedersehen. Telefon hat keinen Sinn. Erzählen Sie nicht zum Telefon, und er wird schon Herrn v. I. seine Meinung sagen, was er von Verwandten denkt, die ausländischen Journalisten Empfehlungen geben. Auf Wiedersehen! Wenn Sie wollen, können Sie in drei Tagen, wenn der Adjutant Sr. Erzählen Sie zurückkommt, wiederkommen. Auf Wiedersehen!“

Nicht verpflichtet!

Die Bayerische Volkspartei bröckelt ab!

München, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „Bayerische Kurier“, das Münchener Organ der Bayerischen Volkspartei, gibt in einem Artikel „Parteidisziplin und unmittelbare Volkswahl“ vor der Öffentlichkeit zu, daß das Eintreten der Bayerischen Volkspartei für Hindenburg in den Wählerkreisen der Partei nicht jene einhellige Zustimmung gefunden habe, wie sie die Befürworter des Beschlusses wohl erwartet hätten. Durch den Beschluß der zuständigen Parteinstanzen sei die Angelegenheit rein parteipolitisch zunächst entschieden. Die Parteidisziplin verlange, daß diese Entscheidung respektiert werde und eine öffentliche Erörterung der Lebensziele, die gegen die getroffene Lösung sprächen, bis nach der Wahl zurückgestellt werden. (1) Sehr deutlich aber gibt das Blatt daran zu erkennen, daß die Parteidisziplin nach Leineswegs zur Wahl Hindenburgs verpflichtet. Bei der parlamentarischen Wahl gebe der Wähler der Partei seine Stimme, bei der unmittelbaren Volkswahl aber nehme er Stellung zu einer bestimmten Einzelfrage und entscheide sich für eine bestimmte Einzelpersonlichkeit. Immer sei bei der unmittelbaren Volkswahl das Verhältnis des Einzelwillens zum Parteivollen ein loferes. — Das offizielle Parteiorgan gibt also den Wählern indirekt den Rat, sich um die Parteiparodie nicht zu kümmern.

Die schrittweise Lösung.

Von Richard Kainer.

Ich schendere mit dem jungen, sympathischen Tobias Fog, Bidben near Bondou, Dal Tree House, der schlichten Fassade des neuen Weimarer Bahnhofgebäudes zu, deren harmonische Architektur den schmucken, zu beiden Seiten einer ansteigenden Avenue durch grüne Inseln ausgeweiteten Vorplatz abschließt. Tobias Fog ist frisch in Etou graduiert, erfüllt von Trübnisstolz und Weltreuebewunderung, sozialpolitisch dagegen ganz ahnungslos; er spendet seine Osterfreizeit für einen interessanten Trip durch die Stätten des deutschen Kulturlebens. Er weiß nicht anders, als daß nächst Berlin hier Weimar zuallererst zu berücksichtigen sei. German poetry, Ueimar, Dichtstoffe and Stöcker sind ein untrennbarer literarischer Komplex.

An die Vertipferie der hier mitgeteilten Beobachtungen rückt er höchst unzeitlich und nur vermöge seines auffallenden Mangels an Scheu vor den Repräsentanten der öffentlichen Einrichtungen, von denen er als Sohn eines freiheitlichen, demokratisch regierten Volkes bereitwillige Auskunft und dienliche Unterstützung in tausend Berlehrsingenfällen zu heischen gewohnt ist.

Tobias Fogs Augen bleiben nämlich plötzlich ganz unmotiviert an den Fahnen haften, die an vier Pfosten zu beiden Seiten der Zufahrt sich kunst im Winde bewegen. Dann geht er strocks auf den Stadtpolizisten zu, der den Plahdiensl verzieht, und läßt höflich die Mühe vor dem mit einem himarartigen Gebilde bewehrten Helm.

„Möllen Sie sagen, bitte, was sein das für Flaggen?“

Die sporische Unbefangenheit, der Arguz — Weimar als Fremdenstadt. Die strenge Niene des Hermandabjüngers erkränkt auf der dürftigen Stala der ihr gegebenen Ausdrucksmöglichkeiten die schwindelnde Sprosse ungewohnter Zuorkommenheit.

„Das da — weiß und rot — sind die Farben von Thüringen, und das andere sind die Reichsflaggen.“

„Schwarz-Gold-Rot“, zählt Tobias Fog hinterhobenen Armes auf, „ich haben gehört, daß die Farben von die deutsche Republik sein Schwarz-Rot-Gold!“

Der Schuhmann blickt auf, die Dienstmänner sehen hin, die Hoteldiener reden die Köpfe, der Taxidraufseuer beugt sich aus dem Sijh alle bemerken verbucht, daß rechts und links die Flaggen des Reiches die Farbenfolge Schwarz-Gold-Rot aufweisen.

Der Schuhmann ist es, der sich verpflichtet fühlt, in seiner Eigenschaft als nächster Repräsentant der in Frage stehenden Staatsmacht die peinliche Beobachtung durch eine ebenso knappe wie überwältigende Antwort aus dieser Welt der Widersprüche und Berlegenheiten zu schaffen.

„Eigentlich“, sagt er, „ja, eigentlich haben wir Schwarz-Rot-Gold.“

Tobias Fog schlägt sein Notizbuch auf und trägt auf der Seite mit dem Kopfermerk: Weimar, Thüringia, April 12th, die schlichten Worte ein:

Colours of the German republic:

„eigentlich Schwarz-Rot-Gold.“

Borauj er höflich die Mühe gegen den Helm lästet.

Irrtum? Versehen? Oder vielmehr ein Symbol der schrittweisen Reaktion: Schwarz-Rot-Gold / Schwarz-Gold-Rot / Schwarz-Weiß-Rot!

Der Weg der zeitgemäßen Umstellung, der legalen Restauration, des trocknen Aufsches. Das Weimarer Farbenbild der modernisierten Weimarer Verfassung, des Gewissenkompromisses zwischen dem doppelten Eid: gegenüber der Dynastie und der Republik.

Die Patentlösung, das Lösungspatent der inneren Konflikte. O Weimar, weich einen geschliffenen Saitler hast du!

Chorkonzerte. Die Vereine des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes veranstalten noch einmal eine rege Tätigkeit. Ich hörte den Schöneberger Männerchor „Freundschaft“, dessen Konzert im Festsaal des Neuen Rathauses Schöneberg das lockende Wetter merbar beeinflusste. Und doch lang der Verein auch vor der kleinen Zuhörerschaft mit Begeisterung und in festestimmung. Er wird geführt von Fritz Stempel, der alles frisch und kräftig, aber ein wenig vieredig und robust ansieht. Natürlicher, schlichter Männergesang ist mehr seine Sache als künstlerisches Feinempfinden und Gestalten. Sein Verein hat aber überall Klang und Farbe, wenn er auch dem Uebel der meisten Männerchöre nicht entgeht, daß im Fortie die zahlreich überwiegenden Mittelstimmen dominieren. Das Berliner „Vokal-Ensemble“ (Lisi Bickop, Käthe Kulich, Armgard Kühle) sang alte und auch neuere Volksweisen sehr schön in Ton und Empfinden, vollendet in der Gemäßigkeit des Stils, wenn auch nicht immer in sehr wertvollem Satz. — Der Weineckische Männerchor vollendete die Reihe einer überreichen Jubiläumseranstaltungen mit einem Konzert in der Hochschule für Musik. Programm und Ausführung haben bei F. A. Joseph immer ein eigenes Gesicht, das man nun aber doch einmal gern missen möchte. Er bevorzugt die Werke des jüngeren deutschen Volksliedes, Sachen aus der Liedertafelbewegung, Instrumentalkompositionen, die in Stil und Geist des Rachwagner's folgen. Man möchte wünschen, daß er sich in seinen Veranstaltungen einmal gründlich zum älteren Volksliede bekennt, das doch bei weitem größere und stärkere gemeinschaftsbildende Werte birgt. Man möchte hoffen, daß er mit der instrumentalen Virtuosenkunst einmal gründlich aufräumt und auch in diesem, und seinen anderen Chören des Arbeiter-Sängerbundes eigenen Stil und eigene Haltung findet, so wie sie im Wesen dieser Sänger- und Musikbewegung liegen. Von seinen eigenen Kompositionen haben wir nun diesen Winter reichlich viel gehört. Auch der letzte brachte zwei; beide mehr Unterhaltung als hohe Kunst. Der Chor zeigte sich stündlich und in der Disziplin wieder auf einer achtbaren Höhe. Carola Zelenka spielte Kompositionen, die sich dem Charakter des Abends ganz anpaßten, aber ebenfalls mehr unter-

hielten als paktien. Ihr Ton erschien in Mozarts „Rondo“ recht spitz und unangenehm. Vielleicht war auch der nur halbgefüllte Raum der Natur ihres Instrumentes nicht günstig. S. G.

Deutscher Chirurgenkongress. Mittwoch vormittag wurde im Langenbeck-Birchow-Hause die 49. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie unter sehr starker Beteiligung, auch ausländischer Chirurgen, eröffnet. Professor Lezer-Freiburg i. B. eröffnete die Verhandlungen mit dem Vortrag „20 Jahre Transplantation“.

Bei der Transplantation handelt es sich — so führte er aus — im wesentlichen um die Verpflanzung von Gewebs- und Organteilen bei ein und demselben Menschen oder von einem Menschen auf den anderen. Es haben sich im Laufe dieser 20 Jahre erstaunliche Ergebnisse, aber leider auch Mißerfolge herausgestellt, denn die An- und Einheilung der überpflanzten Teile läßt sich sehr schwer im voraus beurteilen. Die Verhältnisse liegen durchaus verschieden, je nachdem es sich um Haut, Schleimhaut, Knochen oder andere Gewebearten handelt. Wenig glücklich hat sich die Verpflanzung ganzer Gelenke gezeigt. Besser gelang die Heilung einzelner Gelenkteile. Man kann jetzt sehr gut Knorpel transplantieren, so an Nase und Ohr, auch hat die Sehnenplastik an Armen und Beinen noch Verletzungen, Eiterungen und Wahnungen gleichfalls günstige äußere und funktionelle Resultate gezeigt. In tomatischer Hinsicht ist wichtig, daß sich auch künstliche Fettpolster herstellen lassen, dagegen ist das Urteil über die Ausdehnung des Nervengewebs noch nicht abgeschlossen. Vieles ist auf diesem wichtigen Arbeitsgebiet der Chirurgie geleistet worden, doch bleibt für die weitere Forschung noch manches Problem zu lösen, besonders soweit die Stoffwechselverhältnisse in den überpflanzten Tellen in Frage kommen.

Zahlreiche Mitglieder ergänzten den fesselnden Vortrag, dem sich eine längere Aussprache angeschlossen.

Der erste Wetterrückschlag. Nach dem heiteren und besänftigten Hochdruckwetter der ersten Aprilhälfte, in dessen Verlauf bei meist wolkenlosem Himmel in weiten Teilen Mitteleuropas 20 Grad Celsius erreicht worden waren, ist nunmehr ein Rückschlag erfolgt, der erste nach dem Eintritt frühlingshafter Witterung. Während in Süddeutschland schon vor einigen Tagen Regenfälle und Abkühlung eingetreten sind, in Mitteleuropa am Montag Gewitter dem schönen Wetter ein Ende machten, hat sich im Norden des Landes am Dienstag der Umschwung in Gestalt von Trübung, Abkühlung und Regen vollzogen. Die Tiefdruckrinne, die langsam von Westen nach Osten vorrückt und uns von den trockenen Landwinden aus dem Bereich des kontinentalen Hochdruckgebietes abgrenzen hat, ist aber nur flach, und das von Südwesteuropa heranziehende Azorenmarimum wird uns wahrscheinlich sehr rasch wieder Aufhellung bringen. An seiner Nordseite, zwischen Island und Irland, zieht eine neue atlantische Zyklone ostwärts, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in Wechselwirkung zwischen diesem Tief und dem südlich von ihm vorgelagerten Hoch alsobald die jetzige Wetterlage wieder herstellt, wie sie vor nunmehr 14 Tagen zur Ausbildung gelangte und in deren Verlauf die frühlingshaste Erwärmung eingetreten ist.

Bochänge. Pastor Hans Franke spricht Donnerstag 8 Uhr über das Thema: „Der Tod und was dann?“ in den Räumen des Sozialwissenschaftlichen Klubs, Wilhelmstr. 48, 3Xr., veranstaltet vom Deutschen Konfessionsbund.

Strefemann muß fallen! Hindenburg als Sturmbock.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Freytag-Boringhove sagte von kurzem in der „Deutschen Zeitung“, die Wahl Hindenburgs bedeute den Schluß der Strefemannschen Verständigungspolitik. Das Blatt der Nationalsozialisten, der „Völkische Kurier“, sagt daselbe. In einem Artikel, in dem die Weigerung der Nationalsozialisten, den Wahlauftritt der Reichsblöcke zu unterstützen, begründet wird, heißt es:

„Die Wahl Hindenburgs setzt die Ablehnung von unheimlichem Weizen, von nationaler Schwäche, einen Kurswechsel in der Außenpolitik voraus. Strefemann muß fallen, der vor dem deutschen Volk den Sicherheitspakt zu verantworten hat. Da aber die Partei Strefemann, die sich bis jetzt gegen die Kandidatur Hindenburgs gewehrt hat, den Aufruf mit unterzeichnete, haben die Völkischen allen Anlaß, an einem ehrlichen Kurswechsel zu zweifeln. Bleibt Strefemann im Amte des Außenministers, dann bleiben auch die Verprechungen des Reichsblocks leerer Schall und Rauch. Mit Hindenburg gegen alle, die bis zum heutigen Tage würdelose Erfüllungspolitik getrieben haben, mögen sie nun unter Schwarzrotgoldener oder Schwarzweißroter oder aber unter beiden Flaggen leget.“

Der rechte Flügel der Deutschnationalen und die Völkischen haben sich also gefunden. Ihr Ziel ist der Sturz Strefemanns, grundlegender Kurswechsel in der Außenpolitik. Deutschnationale und Völkische sehen in Hindenburg den Sturmbock, der die Festung Strefemann sturmreif machen soll. Siegt Hindenburg mit Hilfe der Volkspartei, dann wird die Deutschnationale Partei dem Drängen der Völkischen in ihren eigenen Reihen nachgeben müssen oder die Partei fracht auseinander. Hindenburg als Reichspräsident bedeutet Unruhe im Innern, Unsicherheit nach außen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Volkspartei diesen Unfug, der die Wirtschaft aufs äußerste gefährden müßte, mitmachen wird. Aber es ist bezeichnend, daß sie nicht den Mut findet, die Kandidatur Hindenburgs offen als das zu bezeichnen, was sie ist: eine drohende Katastrophe.

Keine Hindenburg-Aengste.

Die Deutschnationalen werden wieder mutig.

Der „Lokal-Anzeiger“ versucht das Maß der Wahrheit wieder gut zu machen, das die deutschnationale Presse in ihrer Verwirrung über das niederschmetternde Echo auf die Kandidatur Hindenburgs im Auslande angerichtet hatte. „Feinde ringsum!“ jammerte man vorgestern. Der „Lokal-Anzeiger“ schwingt sich nun zu der mannhaften Uebersicht auf: „Keine Hindenburg-Aengste in England!“ Aber weiter als zu dieser Uebersicht langt es noch nicht. Denn das darauffolgende Telegramm stammt aus New York und bemüht die „New York World“, um nachzuweisen, daß man in britischen Amtskreisen den Pessimismus über die Hindenburg-Kandidatur nicht teilt. Einen weiteren Weg, um die Stimmung der englischen Regierung zu erfahren, konnte man nicht gut finden, und der „Lokal-Anzeiger“ dokumentiert den Wert seiner Meldung selbst, indem er hinzufügt, daß die „New York World“ Phantastisches und Wahres seltsam mische. Seltsamer noch, daß der „Lokal-Anzeiger“ diese Meldung seinen Lesern vorzuführen mag. Im seltsamen, daß er der Meinung zu sein scheint, seine Leser seien so dumme, um an das Märchen zu glauben, das ihnen vorgelesen wird. Die Wahrheit scheint zu sein, daß die Hindenburg-Rädie bei den Deutschnationalen bei weitem größer sind als in England. Sie wissen vor Verwirrung nicht mehr ein noch aus.

„Durchsichtige Mäander der Linken!“

Die Scherzpresse veröffentlicht ein Berliner Telegramm des „Daily Telegraph“, in dem es heißt, Regierungskreise, die der Volkspartei nahestehen, hätten den Versuch unternommen, Hindenburg zum Rücktritt von seiner Kandidatur zu bewegen. Es handelt sich um ein durchsichtiges Mäander der Linken, die die Nachricht nach England lanziert hätte, um sie dann wieder zu übernehmen. Abgesehen davon, daß die republikanischen Parteien nicht mit den schmutzigen Waffen ihrer Gegner kämpfen, verbietet ihnen der gesunde Menschenverstand, gegen die Kandidatur Hindenburgs zu intrigieren. Die Nominierung des achtzigjährigen Feldmarschalls wird auch dem letzten Wähler die Augen über das frivole Spiel öffnen, das man im deutschnationalen Lager mit der Politik treibt. Insofern wäre es allerdings nicht verwunderlich, wenn die Volkspartei — im Interesse des greisen Feldmarschalls — den oben erwähnten Schritt unternommen haben sollte. Oder sollten gar die deutschnationalen Mächer die Urheber dieser von der Scherzpresse sehr auffällig verbreiteten „Tendenz“-Melodie sein, um den Rückzug aus einer Lage vorzubereiten, die ihnen die größte bisher erlittene Blamage einzubringen verspricht? Die Sensationsmeldung findet sich nämlich nur — in der deutschnationalen Scherzpresse. Die Linke erhielt erst dadurch Kenntnis von dem Telegramm. Durchsichtige Mäander...

„Heil unserm Vater Hindenburg!“

Der Reichsblock erläßt einen Aufruf an die deutsche Jugend in Stadt und Land, am nächsten Sonntag einen Reichswanderzug zu veranstalten: „Wo deutsche Jungens und deutsche Mädel, wo Männer und Frauen der nationalen Bewegung in deutschen Landen wohnen, da sollen sie mit ihren Fahnen und Bannern, mit Lautenklang und Wiederklang hinauswandern auf die Dörfer und Gehöfte, durch die Straßen der Städte und ihren heißen Begeisterungsruf aus reinem Herzen an jedes noch so zerstreute deutsche Herz erklingen lassen... Heil unserm Vater Hindenburg.“

Eine sehr nette Idee. Hindenburg hat selbst gesagt, daß er von Politik nichts versteht. Nichts liegt näher, als die für ihn zu bemühen, die ebenfalls von Politik nichts verstehen. Aber das Unmoralische in der Sache liegt darin, daß der Reichsblock die Unpolitischen, diejenigen, die nach dem Grundschulgesetz von der Politik ferngehalten werden sollen, zu politischen Zwecken mißbraucht. Die Nominierung des Sechzigjährigen Feldmarschalls, der von Politik nichts versteht und der den dreimaligen Antrag mit dem Hinweis auf sein hohes Alter abgelehnt hatte, war eine Unanständigkeit. Der Mißbrauch der schulpflichtigen Jugend zu Propagandazwecken für die Reichspräsidentenwahl ist eine zweite Unanständigkeit. Aber der Aufruf wirkt als Symbol. Der Achtzigjährige und die Bierzechnjährigen — das sind diejenigen, an die sich der Reichsblock wendet, ohne befürchten zu müssen, auf eine böhmische Abgabe zu stoßen.

Der Sichtvermerk fällt.

Wien, 14. April. (Z.L.) Hier ist ein Schreiben des deutschen Auswärtigen Amtes eingetroffen, das die Aufhebung der Sichtvermerke vorschlägt. Der Postzwang soll zunächst noch aufrecht erhalten werden, doch sollen auch andere amtliche Personalurteile als Vorkauf Leistung haben. Im Bundeskanzleramt berät eine interministerielle Konferenz über die deutschen Vorschläge.

Loebell rationiert den Bettel.

Der Reichsblock erklärt Hindenburgs Niederlage für unerträglich.

Es ist uns ein Schriftstück zugänglich gemacht worden, das einen tiefen Blick hinter die Kulissen des Loebell-Ausschusses und der Kandidatur Hindenburg gestattet. Das Schriftstück, dessen Wortlaut und Originalunterschrift wir nachfolgen lassen, ist ein Bettelbrief. Nicht eine der üblichen generellen Aufforderungen, Wahlspenden zu geben, sondern ein Schnorrbrief, der den persönlichen Charakter wahr. Er läßt zunächst erkennen, daß die Propaganda des Reichsblocks ausschließlich auf die Wahlgelder der Industrie aufgebaut ist. Wir führen den Kampf für die Republik mit den Mitteln, die den Beiträgen unserer Mitglieder, der Opferwilligkeit der Arbeiterklasse entstammen — in dem Schnorrbrief des Loebell-Ausschusses ist nur von „Firmen“ die Rede.

Dieser Brief, den Herr von Loebell eigenhändig unterzeichnet hat, zeigt aber ein weiteres. Die Parteien und Organisationen, die Gruppen und Grüppchen, die Werwölfe und Wälfinger und Stahlhelmente haben sich wie eine Bande von Lazzaroni auf die Industrie gestürzt, schreiend und schnorrend. Jeder hat versucht, für sich etwas herauszuholen und dem anderen zuvorzukommen. Das Treiben muß unwürdig genug gewesen sein; denn die

Industrie hat — wie der Brief zeigt — dem Ansturm der Schnorrer gegenüber den Kassenstrank zugemacht. Der Loebell-Ausschuß ist dadurch in Verlegenheit gekommen. „Das Werbematerial kann nicht angefertigt werden, solange die dazu erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt sind.“ Und das vierzehn Tage vor der Wahl!

Erzählen von Loebell ist deshalb auf eine andere Methode verfallen. Er organisiert und rationiert den Bettel. So wie gewohnheitsmäßige Straßenbettel zusammen Straßenzüge und Häuser untereinander aufteilen, und jeder eifrig über die Hälfte wacht, daß ihm die unglücklichere Konkurrenz eines anderen nicht ins Revier kommt, so sind die Firmen und Branchen unter die Parteien und Organisationen des Reichsblocks aufgeteilt worden. Jeder hat seinen Kanton zum Abklappern zugeleitet erhalten. Die Zentrale, der Loebell-Ausschuß, hat ebenfalls ihren Bettelbezirk, einen lukrativen Bettelbezirk, erhalten. Und nun geht es los: geht mir, mir, ich bin der einzig rechtmäßige Schnorrer bei euch!

Ein feiner Bettel, eine feine Organisation, und das für Hindenburg! Hier ist der Brief:

Reichsblock zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl.

Berlin W. 35, Potsdamer Str. 118c.

Fernspr.: Lügow 402 u. 7606. Telegrammadresse: Reichsbürgerrat.

Berlin, den 9. April 1925.

Persönlich und vertraulich!

Sehr geehrter Herr!

Bei dem ersten Wahlgang um den Reichspräsidentenposten hat sich bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ein planmäßiges Aufbringen der finanziellen Mittel nicht ermöglichen lassen. Es war deshalb nicht zu vermeiden, daß einige Firmen von verschiedenen Seiten gleichzeitig um Unterstützung angegangen wurden. Dazu kam noch, daß durch den Zusammenschluß der verschiedenen Parteien im Reichsblock auch noch der Reichsblock selbst, von dem das gesamte Werbematerial ausgeht, und die verschiedenen Wahlkreisausschüsse mit eigenen Sammlungen auftreten mußten.

Um bei dem zweiten Wahlgang ein derartiges Durcheinander, das vielfach verstimmt und auf die Gebefreudigkeit hemmend gewirkt hat, zu vermeiden, ist zwischen den Parteien, den Wahlausschüssen und der Zentrale ein Abkommen getroffen worden, nach dem jede dieser Organisationen nur berechtigt ist, bei einem ganz bestimmten Kreis von Firmen und sonstigen Geldgebern zu werben. Uns ist es dabei zur Pflicht gemacht worden, Sie zu

bitten, unseren Wahlschuß zu unterstützen. Hierbei gestatten wir uns, auf folgendes aufmerksam zu machen:

Es muß die Ehrenpflicht eines jeden Deutschen sein, sein Neuestes zu tun, um

Generalfeldmarschall von Hindenburg

zum Siege zu verhelfen. Eine Niederlage wäre unerträglich. Welche Bedeutung sie auf unsere gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung haben würde, erübrigt sich hier auszuführen. Wir beschränken uns deshalb auf die Bitte, uns durch eine großzügige Spende alsbald helfen zu wollen, die Wahlschuldheit der großen Masse energisch zu bekämpfen.

Schnellste Hilfe ist notwendig.

Das Werbematerial kann nicht angefertigt werden, solange die dazu erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt sind.

Bei Ihrer Entschliessung über die Höhe Ihres Beitrages bitten wir Sie, außer der ganz besonderen Dringlichkeit und Wichtigkeit dieser Sache noch zu berücksichtigen, daß nach den oben angeführten Vereinbarungen im Reichsblock nur wir als die Reichszentrale berechtigt sind, bei Ihnen zu werben und alle Wahlkreisausschüsse und die angeschlossenen Parteien auf andere Geldgeber verwiesen sind.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Staatsminister

Vorsitzender des Reichsblocks

Und welches Geständnis! Eine Niederlage von Hindenburg wäre unerträglich! Warum hat der Loebell-Ausschuß Hindenburg der Gefahr, der großen Gefahr der Niederlage ausgelegt, wenn er eine Niederlage unerträglich findet? Warum spielt er va banque, wie Ludendorff im Kriege?

Das ist aber auch das indirekte Geständnis, daß er gehofft hat, mit Hindenburg die Niederlage zu vermeiden, die er mit Varres für unvermeidlich gehalten hat. Das ist die Wiederholung jenes Satzes aus dem Hindenburgbrief an Varres, der die ungünstigen Wahlausichten für Varres bedauerte.

Eine Niederlage von Hindenburg wäre unerträglich! Das

heißt, die Rechte will eine Entscheidungsschlacht schlagen. Sie geht aufs Ganze. Sie will mit Hindenburg den politischen Kurs in Deutschland entscheidend in die Richtung des Monarchismus und der politischen und sozialen Reaktion herumwerfen.

Will die Reaktion die Entscheidungsschlacht, dann müssen die Republikaner mit gesammelter Kraft sie in dieser Entscheidungsschlacht aufs Haupt schlagen.

Wer ein freier Mann ist, wer Fortschritt und Freiheit liebt, wer die Reaktion haßt und bekämpft, für den gibt es nur eine Aufgabe: Hindenburg und der Reaktion die unerträgliche Niederlage beizubringen.

Die Wirtschaftspolitik des Reichsblocks.

Natürlich wieder: Die „hohen“ Löhne!

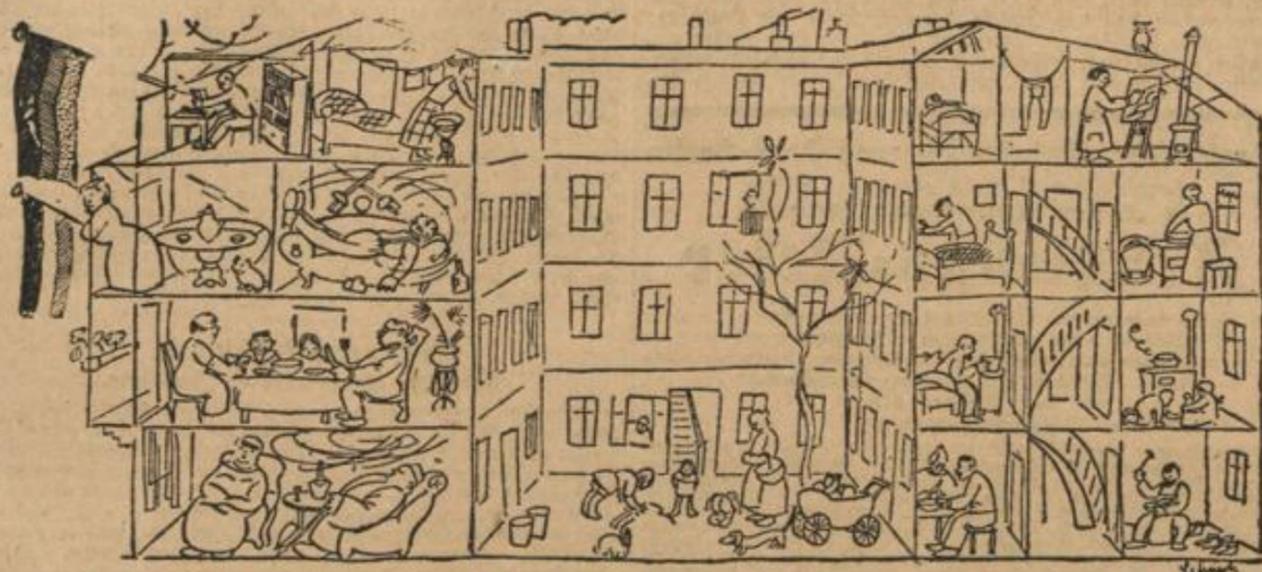
Im Haushaltsausschuß des Reichstags, in dem gestern der Etat des Reichswirtschaftsministeriums zur Sprache kam, verlas der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus ein ausführliches Referat über die Arbeit seines Ministeriums, wobei er auch die Probleme der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik behandelte. Am Weltmarkt könne Deutschland seine verlorenen Abnahmeverhältnisse nur mit der Erzeugung höchster Qualitätsware wiedergewinnen. In der Handelspolitik müsse an dem Grundgedanken der Reichsbegünstigung festgehalten werden. Die weiteren Mitteilungen des Ministers über die Handelsvertragsverhandlungen waren vertraulich. Nachdem er kurz die schwebenden Verhandlungen über die Sachleistungen und über die Durchführung der Dames-Gesetze gestreift hatte, stellte er fest, daß die Frage der Qualitätsarbeit in hohem Maße eine Frage der Heranbildung und Ergänzung unseres Facharbeiterstandes sei. Lohnerhöhungen, die zu Preiserhöhungen führen könnten, müßten bekämpft werden. Der Minister bezeichnete selbst die gegenwärtigen Preise als zu hoch, was zum Teil auf die falsche Einstellung der Produzenten und zum Teil auch auf die Steuern zurückzuführen sei. Ueber die Aufwertungsfrage ging er mit einer Handbewegung hinweg, indem er meinte, daß der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit für das Ministerium bei allen Fragen der Steuer-, Finanz-, Verkehrs- und Sozialpolitik maßgebend sein müsse. Zur Förderung der Kapitalbildung müsse noch viel getan werden, insbesondere ist man bemüht, die öffentlichen Gelder und die der Versicherungen der Wirtschaft zuzuführen. Doch sei man noch lange auf das Heranströmen ausländischen Kapitals angewiesen. Selbst verteidigte Neuhaus die Distanz- und Kreditpolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, obwohl diese von den reaktionären Freunden des Wirtschaftsministers sehr lebhaft angegriffen worden ist. Bei der Herannahme von Auslandskrediten sei Vorsicht am Platze. Der Entwurf zum endgültigen Reichswirtschaftsstatut werde zurzeit fertiggestellt, wobei die Zahl der Mitglieder beschränkt und die Arbeit vornehmlich in Ausschüsse verlegt werden solle.

Nachdem der Volksparteiler v. Kaumer den Ausführungen

des Ministers im allgemeinen zugestimmt hatte, unterzog Genosse Robert Schmidt die Ausführungen des deutschnationalen Ministers einer scharfen Kritik. Er bemängelte die übermäßigen Preisfestlegungen, wie sie jetzt in Deutschland gebräuchlich seien. Diese Preisüberbinnungen seien auch die Ursache der Exportstodung. Die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer, die den Arbeitnehmern kaum mehr ein Existenzminimum schenken, habe zu der verhängnisvollen Folge geführt, daß die besten Arbeitskräfte Deutschland den Rücken kehren. Mit besonderer Schärfe wandte sich Genosse Schmidt gegen die oberflächlichen Ausführungen des Dr. Neuhaus, die sich auf den Zusammenhang von Löhnen und Preisen bezogen. Er wies darauf hin, daß die Ziegelsteine um mehr als 100 Prozent teurer seien als vor dem Kriege, während kein Ziegelarbeiter eine solche Lohnerhöhung erhalten habe. Diese rückwärtslose Ausnutzung der Konjunktur der Ziegelindustrie die Bauwirtschaft. An Hand von amtlichen Zahlen, die das Reichswirtschaftsministerium selbst zusammengestellt hat, legte Genosse Schmidt ferner dar, daß in der englischen Textilindustrie weitaus höhere Löhne gezahlt werden als in der deutschen, während die Preise englischer Textilwaren wesentlich billiger sind als bei uns. Die Löhne seien also für die Preispolitik der Unternehmer nicht verantwortlich zu machen. Gegenüber dem erschreckenden Zustande im Röhrenbergbau müsse das Reichswirtschaftsministerium ernsthaft die Frage erwägen, was zu tun sei. Es herrsche ein gewaltiger Ueberfluß an Kohle, der nicht abzugehen sei. Auf alle Fälle müsse ein großer Abstoß an Kohle nach dem Auslande erstrebt werden. Auf dem Gebiete des deutschen Röhrenbergbaus mache sich ein Uebermaß der Herrschaft des Syndikatswesens in einer Weise geltend, daß sie wirtschaftlich zu vollkommen ungesunden Zuständen führe. Eine große Anzahl von Schächten sei stillgelegt worden und ein Uebergewicht der Konzerne durch das Kaltegesetz herbeigeführt. Was die Subventionierung der Werften betreffe, so sei dies nicht der richtige Weg, um zur wirtschaftlichen Heilung zu gelangen. Deutschland sei mit Werften überfrachtet. Es bleibe also nichts anderes übrig, als die Werften auf andere Betriebsformen umzustellen, so schwierig die Maßnahme auch sei.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag.

Die Selbstdisziplin des Mieters.



Die Gerichte, daß Hausbesitzerorganisationen wieder einmal dabei sind, schwarze Listen mit den Namen mißliebiger Mieter aufzustellen, wollen nicht verstummen, haben bisher jedoch keine Bestätigung gefunden. Sicher ist dagegen, daß die meisten einzelnen Hausbesitzer sich heute schon darüber klar sind, welche ihrer Mieter sie aus der Wohnung heraussehen werden, sobald das wie in Friedenszeiten wieder ohne gesetzliche Einschränkung zulässig ist. Zeitgemäß ist deshalb die Erörterung der Frage, weshalb eine so starke Mißstimmung zwischen Vermietern und Mietern besteht und ob es nicht möglich ist, diese Gegensätze in ein ruhigeres Fahrwasser zu leiten.

Ohne Mietervertretung.

Der Unwille der Hausbesitzer richtet sich bekanntlich in erster Linie gegen die Gesetzgebung, welche, den Strömungen der Zeit folgend, die Rechte der Hausbesitzer kräftig beschnitten hat. Dieser Unwille erreichte seinen Höhepunkt mit der Einführung der Mieterräte, später im Gesetz besser als Mietervertreter bezeichnet, die nach der Meinung der Hausbesitzer ihnen gewissermaßen einen Vorwand auf die Nase legte. Wenn das nötig wurde, waren die Hausbesitzer selbst schuld daran, weil sie alte Vorrechte ihrer Klasse nicht aufgeben und sich den gebieterrischen Forderungen der Umwälzung auf dem Wohnungsmarkt nicht anpassen wollten. Heute sind die weitaus meisten Wohnhäuser, besonders die in Groß-Berlin, ohne Mietervertretung. Daraus darf nicht gefolgert werden, daß die Einrichtung der Mietervertretung verfehlt hat. Im Gegenteil, die Mietervertreter, die sich aus allen Bevölkerungselementen und demzufolge aus allen Parteien zusammensetzen, haben vielfach ausgezeichnet gearbeitet. Nur zu bald aber warfen die Mieter ihren erwählten Vertrauensmännern diese Mittel zwischen die Beine. Viele Köpfe, viele Sinne! Neuwahl folgte auf Neuwahl. Schließlich war kein einziger Mieter im Hause mehr bereit, das Amt eines Mietervertreters zu übernehmen, weil man für seine Arbeit nicht noch Un dank und einen Haufen Ärger ernten wollte. So sind in Groß-Berlin ganze Straßenzüge ohne jede Mietervertretung. In dieser bedauerlichen Tatsache liegt aber auch der Brennpunkt für die Mißstimmung zwischen Mietern und Vermietern. Ganz ähnliche Gründe, wie sie viele Tausende von Mietervertretern zum freiwilligen Rücktritt veranlaßten, erregten den Unmut der Ver-

mieter. Es hat sich eben trotz der Mieterbewegung und ihrer Organisationen leider gezeigt, daß nirgends so wenig Solidarität, Selbstdisziplin und Ordnungssinn für das Ganze besteht als in den wirtschaftlich und politisch ja bunt zusammengewürfelten Elementen der Mieterschaft. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, um die Kampffront wieder zu stärken. Es kann gefogt werden, ohne deshalb die großen Richtlinien für die Abwehr gegen die allzu eigensüchtigen Bestrebungen der Hausbesitzer zu vergessen.

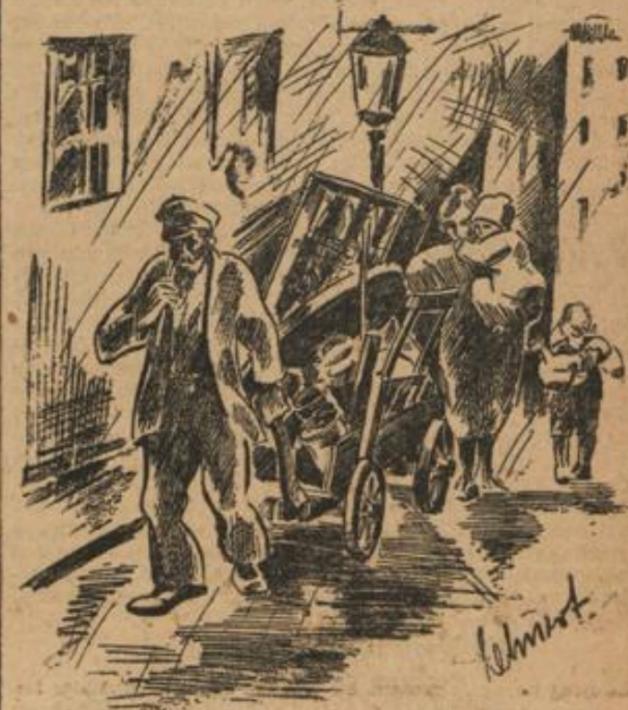
Unordnung, Rücksichtslosigkeit.

Schon in Friedenszeiten waren die Mieter als solche ebenjowenig durchweg Engel wie die Hausbesitzer. Die Kriegs- und Nachkriegsjahre haben dem Herrenstandpunkt der Hauswirte starke Zügel angelegt, aber es wurde nun umgekehrt bei den Mietern leider vielfach der Fehler begangen, sich für immun zu halten gegen alle früheren Rechte des Hausbesitzer. Noch heute begegnet man unendlich oft der gefährlichen Meinung, daß der Mieter, solange die Zwangswirtschaft andauert, gegen seinen Willen nicht aus der Wohnung entfernt werden könne. Die vielen Tausende von Räumungslagen allein bei den Groß-Berliner Gerichten während der letzten beiden Jahre und zahlreiche Exmissionen, welche den Mieter und seine Familie in das Asyl für Obdachlose hineinzwingen, beweisen das Gegenteil. Das Mieterchutzgesetz hat zwar, seinem ganzen Sinn entsprechend, den Räumungsbestimmungen ziemlich starke Kiegel gegen Willkür und unbillige Härten vorgeschoben. Aber der reaktionäre Zug in der Rechtspflege kommt auch den Hausbesitzern zugute und schließt nicht selten über den Geist des Mieterchutzgesetzes weit hinaus. Beispielsweise sind zahlreiche Mieter schon deshalb zur Räumung ohne Zubilligung einer Ersatzwohnung verurteilt worden, weil sie nach erfolgter Abmahnung und im Gefühl vermeintlicher Sicherheit die große Wäsche in der Wohnung wuschen. Nach einer Entscheidung des Landgerichts I in Berlin vom 7. Februar 1925 soll bei Räumung wegen fortgesetzter Nichtzahlung der Miete, auch wenn die Mietschuld durch Krankheit und Arbeitslosigkeit entstanden ist, nicht mehr das Armenrecht für die Berufungsinstanz bewilligt werden. Die Gefahren für den Mieter sind also trotz allen gesetzlichen Mieterchutzes im Wachen und nähern sich immer bedenklicher den Friedenszuständen. Um so notwendiger ist es, daß die Mieterschaft alles vermeidet, was dem Hausbesitzer den Anlaß zur Räumungslage geben kann.

Rein Sichgehenlassen im falschen Vertrauen auf die oft gehörte Redewendung: „Wir kann ja nichts passieren... ich kann machen, was ich will!“ Mehr Selbstdisziplin, mehr Rücksicht auf die Interessen der Nachbarn, mehr Verständnis für das Wohl und die Ordnung des Ganzen! Nicht zu streiten ist darüber, daß viele Großstadthäuser im Verfall sind und die meisten nicht die bauliche und sonstige Instandhaltung zeigen, die sie in normalen Zeiten gezeigt haben. Der größte Teil der Schuld hieran ist sicher auf den Reparaturstreik der Hausbesitzer zurückzuführen und auf den Massenverkauf von Wohnhäusern an Ausländer, die wenig oder gar kein Interesse an Instandhaltungen haben und nur möglichst viel Geld herauszubringen wollen. Man könnte aber auch unterfragen, wieviel Schuld auf Mieter entfällt, die fahrlässig oder gar mutwillig Bestandteile des Hauses beschädigen. Selbst Hausverwalter, die mit vollem sozialen Verständnis an die Sanierungsaufgabe herangehen, bestreiten uns immer wieder die Schwierigkeiten, die sich durch die Reiztheit und Unordentlichkeit gewisser Mieter ergeben. Die Unkosten, die auf diese Weise entstehen, könnten für bessere Zwecke verwendet werden.

Mieter und Hausreiner.

Der Mieter soll nicht der Zuhälter des Hausbesitzers sein, aber der Hausreiner auch nicht der Arbeitskuli des Mieters. In den meisten Wohnhäusern wird der Hausreiner nicht als Mitmieter, sondern als Angestellter des Hauswirts betrachtet, der zwischen beiden Parteien steht. Er hat notorisch die schlechteste Wohnung



Exmittiert.

des ganzen Hauses, die oft im feuchten muffigen Keller liegt, und ist mietrechtlich weit ungünstiger als der eigentliche Mieter gestellt, kann unter gewissen Umständen leicht auf die Straße gesetzt werden. Tatsächlich richtet sich die Hälfte aller Räumungslagen gegen Hausreiner. Vielfach sind es die Mieter, die erst den nötigen Druck auf den Hauswirt oder Verwalter zur Erhebung der Räumungslage ausüben. Die Mieter sollten aber in erster Linie lieber unterfragen, ob denn dem Hausreiner auch das erforderliche Reinigungsmaterial zur Erfüllung seiner Vertragspflichten zur Verfügung stand. Damit ist es bekanntlich durch eine ganz läbliche Knäuelerei sehr schlecht bestellt. Man kann ferner von den Miet-

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

„Er tat es nicht, solange die Mutter lebte,“ erwiderte Betty.
 Sie befanden sich in dem großen Speisestimmer, hatten eben die Mahlzeit beendet. Ein Telegramm von Herrn Rowbray hatte Anthony für den Abend bestellt, doch war der Hausherr noch nicht gekommen. Betty betrachtete das Bild der Mutter über dem Kamin. „Sollte ich jemals heiraten,“ sprach sie, „so möchte ich einen Mann haben, der mich wie eine Freundin und einen guten Kameraden behandelt.“
 Beide schwiegen eine Weile, dann fragte Anthony: „Die Ehe Ihrer Eltern war eine Liebesheirat, nicht wahr?“
 „Meine Mutter erzählte mir, daß es nie einen vollkommeneren Geliebten gegeben habe,“ entgegnete Betty mit seltsamen Lachen. „Die ersten fünf Jahre. Ich entsinne mich, daß ich einmal des nachts erwachte; die Mutter kniete vor meinem Bett, das Gesicht in den Händen vergraben. Ich begriff nichts, dachte, dies sei die Art der Erwachsenen, schlief wieder ein. Als ich abermals die Augen öffnete, dämmerte bereits der Morgen; die Mutter kniete noch immer vor meinem Bett. Ich rief sie. Sie hob den Kopf und schaute mich an. Ein seltsames Gesicht; ich erkannte meine Mutter nicht.“
 Anthony schaute auf das Bild; Betty wurde ihm täglich ähnlicher.
 „Ob wir nicht besser ohne die Liebe austämen,“ bemerkte er. „Alle großen Liebesgeschichten der Welt waren Tragödien. Und sogar bei unseren Bekannten; es endet immer schlecht. Muß jeder Mensch es einmal durchmachen?“ fragte er lachend, „oder kann man sich davon fernhalten?“
 „Ein starker Mann vielleicht. Schwache Männer sind die besten Geliebten.“
 „Und doch haben auch starke Männer geliebt.“
 „Ja, in den großen Liebesgeschichten, die als Tragödien enden.“
 Räderrollen tönte durch die Nacht.
 „Das ist der Vater,“ sprach Betty. Sie hatte sich erhoben. Als sie an Anthony vorbeischnitt, legte sie ihm die Hand auf die Schulter. „Verlieben Sie sich nie,“ sagte sie. „Es würde Sie verderben.“
 Herr Rowbray war in der letzten Zeit stark gealtert, dennoch erwiderte er mit dem gewellten weißen Haar und den feinen Rügen noch immer den Eindruck eines schönen Mannes. Unmöbliche Klienten hatten sich topfschüttelnd einen anderen Rechtsanwalt gesucht. Dafür waren neue ins Bureau ge-

kommen. An einem Sommerabend war Anthony mit seinem Chef das Flussufer entlang geschlendert und hatte ihm die Idee eingebracht, aus Willsborough einen Hafen zu machen. „Es könnte getan werden, mit genügend Geld.“ Der Fluß könnte erweitert, vertieft, Schleusen könnten gebaut werden. Der Handelsverkehr des Tales, der nun nach Norden oder Süden ging, könnte auf diese Art in Willsborough konzentriert werden. Es schien unglücklich, daß noch niemand auf diesen Gedanken gekommen war. „Seit einem Vierteljahrhundert schlafen wir hier alle,“ meinte Herr Rowbray und legte den Arm fast zärtlich um Anthonys Schulter. „Sie werden uns aufwachen.“
 Ingenieure waren zugezogen worden, hatten ihr Gutachten abgegeben. Der Plan konnte ausgeführt werden; Rowbrays u. Cousins war noch immer ein Name, der in Geschäftskreisen Vertrauen erweckte. Das Unternehmen wurde begonnen, drang durch. Es bedeutete nicht nur schöne Dividenden, sondern ungeheuren Vorteil und Nutzen für ganz Willsborough.
 „Rowbray kommt zu uns zurück,“ hieß es in der Stadt. Anthony sollte als Anteil der jüngeren Kompanon der Firma werden. Der Rechtsanwalt bezogte lebhaftes Ungeduld, und Anthony versprach, seine Studien vor den Sommerferien zu beenden. „Kommt unser lieber Ted zurück,“ sagte Herr Rowbray, „so wird es ihn freuen. Sie hier zu finden. Straft mich Gott für meine Sünden, so müssen wir Betty ein Vermögen erwerben.“
 Edward reiste im Sommer nach der Schweiz. Anthony hatte gehofft, ihn vorher zu sehen, doch war sein Examen dazwischen gekommen und Edward selbst schien hoffnungsvoller zu sein. Er schrieb, daß er trotz allem an seine Genehmigung glaube, sich heiterer fühle, Pläne für die Zukunft schmiede. Dann aber kam plötzlich ein Telegramm, das nur drei Worte enthielt: „Ich brauche Betty.“
 Herr Rowbray war abwesend, als das Telegramm eintraf. Er war am vorhergehenden Tag, ohne ein Wort zu hinterlassen, abgereist, hatte, entgegen seiner Gepflogenheit, Anthony keine Adresse angegeben. Er lebte erst am Ende der Woche heim, da bereits alles vorbei war. Betty hatte telegraphiert, daß sie die Leiche nach Hause bringe. Herr Rowbray brach völlig zusammen, warf sich auf die Knie, da Anthony ihm die traurige Kunde mitteilte, und schluchte wie ein Kind. „Betty wird mich hassen,“ stöhnte er unter Tränen. „Und es geschieht mir recht. Ich tue immer denen weh, die ich liebe. Ich liebte meine Frau und brach ihr das Herz. Es lebt etwas Schlechtes in mir.“
 Edward wurde neben seiner Mutter im Friedhof von

St. Aldys bestattet. Anthony hatte eine Unterredung mit der Erzieherin, machte ihr die Sache klar. Herr Rowbray schien bereit, sich als belehrter Mann ganz dem Geschäfte zuzuwenden. Anthony bestand sein Examen, sollte demnachst Kompanon werden; die Firma aber würde auch fürderhin Rowbray u. Cousins heißen.
 Es war ein Abend gegen Ende September. Herr Rowbray und Betty befanden sich im Ausland. Anthony, der das Bureau früher als sonst verlassen hatte, erklagte den Hügel, der zum Moor führt. Er wanderte die Straße dahin, wo er als kleines Kind mit der Mutter geschritten war, an jenem Tag, da er glaubte, er werde Gott besuchen. Vor seinen Augen stand das Bild: er sah die eigenen dicken Beindchen marschieren, sah den gebeugten Rücken der Mutter, die kurze Seidenjacke, ein Leberrest aus besseren Tagen, die sie immer bei derartigen Gelegenheiten trug. Stimmten die Theorien der Tante, so mußte Gott wahrlich mit Wohlgefallen auf ihn und seine Taten herabbliden. Schon in der Schule hatte er, künftige Vorreife ahnend, mit Edward Rowbray Freundschaft geschlossen. Später auch mit Betty. Er hatte es verstanden, sich bei ihr beliebt zu machen. Anfangs war es mit Schwierigkeiten verbunden gewesen, er jedoch hatte ihren Charakter genau studiert. Die Liebe, die er für Edward empfunden, war erst nachher gekommen; die gehörte weit mehr zu Anthony, dem Träumer, als zum wirklichen Anthony. Auch bei Betty hatte er Erfolg gehabt; sie mochte ihn gerne. Es freute ihn, daß sie ihn nicht liebte. Wäre dies der Fall gewesen, er hätte geögert, seine Absichten für unfair gehalten. Nun jedoch konnte er ihr mit gutem Gewissen seinen Heiratsantrag machen. Zweifellos würde sie ja sagen. Und auch der alte Herr Rowbray würde damit zufrieden sein; er zählte auf Anthony, um Betty ein Vermögen zu erwerben. Anthony wird die Firma übernehmen; gedeckt durch das Geld des alten Mannes, wird es ihm gelingen, jene Pläne auszuführen, die ganz Willsborough und auch ihm selbst zum Nutzen gereichen sollen. Es fiel ihm ein, was Edward über die Liebe geschrieben hatte; aber Edward war stets ein Träumer gewesen. Das Leben hingegen ist ein Geschäft. Man kommt besser vorwärts, wenn man Liebe und Glaube ausschaltet. Er und Betty würden sich gut vertragen; ihre politische Begeisterung erschreckte ihn nicht. Es würde ja alles in seinen Händen liegen. Hatte er genügend Erfolg errungen, waren seine Pläne herangereift, ihm Reichtum und Macht verleihend, dann konnte er Experimente wagen. Bei entsprechender Vorsicht würde er dabei nichts riskieren. Im Gegenteil, sie würden ihm Berühmtheit und Ehre einbringen. Für einen erfolgreichen Geschäftsmann ist alles erreichbar. (Fortsetzung folgt.)

gerichtet sehr oft den Einwand hören, daß dem Hausreiniger durch das Verhüten der Mieter die Lust und Liebe zur Arbeit verdorben worden sei. Rückfichtlos werden aus den Fenstern schmutzige Papiere, Knochen, zerbrochene Gläser und Porzellane, Konservendbüchsen und sonstige Abfälle auf den Hof geworfen. Kaum sind die Treppen sauber gereinigt, so werden sie mit Brezelschmalz, Karzesselschmalz und dergleichen wieder beschmutzt. Da kann auch dem ruhigsten Hausreiniger die Galle ins Blut steigen. Beschwert er sich, dann ist natürlich der Konflikt fertig. So wird er schließlich dazu getrieben, auf seine Arbeit nicht mehr so großen Wert beizulegen. Wer trägt die Schuld, die Hauptschuld?

Nur in wenigen Groß-Berliner Häusern, und dann in ziemlich kleinen, ist noch so etwas von patriarchalischem Verhältnis zwischen Hauswirt, Mietern und Hauswart nach Alt-Berliner Muster zu spüren. Vor allem war das Mietverhältnis mit der Einpferchung so verschieden gearteter Kleinfamilien der Ostboden für Janz und Streif, für den Mangel an häuslichem Gemeinschaftsinn. Nirgends in den Siedlungs- und Genossenschaftshäusern sieht man doch etwas Ähnliches, weil sich hier alles wie eine große Familie fühlt und durchdrungen ist von dem Gedanken: Wir müssen uns erhalten und dürfen nicht verhandeln, was uns Herd und Heim und Freude ist.

Frühlingsregen.

Glanz und Licht in unermeßlicher Fülle auf die festfrohen Menschen ausgeschüttet, Jublieren und Knospenfringen, das waren die Feiertage. Nun aber hat sich der blaue Himmel grau verschleiert. Es regnet! Aber dieser Regen ist eine weiche Umarmung, ist beglückendes Geschenk. Die Menschen atmen tiefer und die durstige Erde dampft und hebt von verhaltenem Glücksgefühl. Da draußen in Feld und Wald ist jetzt ein einziger großer Gesang drängenden Lebens, dem mit jedem Regentropfen mehr die Melodie des Siedens entsinkt. Und hier in der großen Stadt ist ein Wissen darum und auch die dankbare Freude, daß dieses Regengebet erst jetzt kam. Hunderttausende Frauenhüte, neue und neuaufgeputzte, der liebe frohe Osterfest, all die so sauer erworbenen leuchtenden Fähnlein der jungen Mädchen, sie durften ungefährdet die Feiertage prangen und so ihr Bunt mit dem der Natur vermählen. Es regnet. Das Kippholz glänzt spiegelblank. Der junge Rosen leuchtet smaragd. Die Bäume stehen in zartgrünem Kleid und man vermeint, die Knospen springen zu hören. Die Magnolien entfalten ihre rosaweißen Blüten. Der Ahorn blüht in so reicher Fülle, daß seine duftenden hellgrünen Blüten einen jungen Blattreichtum vorzutauschen. Die Kastanien heben vorsorglich jetzt schon ihre Pfingstlerzen aus jungen grüningrünen Blättern. Die Linden stehen im ersten Blattschmuck und Ziersträucher streuen goldene und rosafarbene Blüten. Die jungen Strauchbäume sind den älteren vorwiegend um eine Rosenlänge voraus. Die Menschen gehen fröhlich und sind so wenig regenschau, als wollten auch sie an dem Wachsen teilnehmen und selbst in der tiefsten Steinwüste wackelt der Regen da und dort einen Grashalm. Und die Abende, wenn der Regen aufhört und eine frühlingsweiche Zärtlichkeit die Strahlen umwölbt, ist selbst in den dürrigsten Anlagen ein so starker schwelender Duft, daß in dem ärmsten und von Sorgen verbitterten Menschen die Frühlingssehnsucht und die Sehnsucht nach eigenem Entfalten übermächtig wird.

Ein Waffenschlebungsschwindel. Der geprellte Rechtsanwalt.

Vor dem Großen Schöffengericht Schöneberg begann ein Betrugsprozess, bei dem es sich um einen Waffenschlebungsschwindel handelte, bei dem auch falsche Kriminalbeamte mit einer Beschlagnahme der eingezahlten Gelder in Aktion getreten sind. Der Fall erweckt besonderes Interesse durch die beteiligten Persönlichkeiten. Angeklagt sind wegen Betruges, Urkundenfälschung, Amtsanmaßung und Erpressung der Kaufmann Wilhelm Ziegler, der zuletzt in Lörach in Baden wohnte, und der in Berlin ansässige Kaufmann Bruno Asprien.

Asprien war nach dem Kriege in Stuttgart Caféhausbesitzer. Im besetzten Gebiet ist er wegen wirtschaftlicher Spionage zu Gunsten der Befehlshaber zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, mußte aber auf Grund des Londoner Abkommens von der deutschen Regierung schon nach drei Monaten amnestiert werden. Kurze Zeit darauf wurde er vom Schöffengericht in Frankfurt zu sieben Jahren Zuchthaus wegen räuberischer Erpressung verurteilt. Es handelt sich bei der jetzigen Anklage um Vorgänge, die sich im Jahre 1923 abgepielt haben. Ziegler war, ehe er Asprien kennenlernte, Privatsekretär des wegen Betruges abgeurteilten Ingenieurs v. Ullrich, des bekannten „Erfinders“ des Stromerzeugers U. Zufällig will er Asprien kennen gelernt haben, der ihm gesagt habe, daß viel Geld zu verdienen sei, wenn er fremden Regierungen Waffendepots verbaute. Ziegler will nun auch die Bekanntheit des Rechtsanwalts Hein gemacht haben, der sein Bureau in der Kurfürstenstraße hat und viel im Hotel Eden verkehrt. Nach seiner Behauptung habe Hein den Vorschlag gemacht, den Waffenaufkäufern das Geld abzunehmen, wobei er andeutete, daß man damit eigentlich im Interesse des Reiches handelte, da den Leuten damit die Lust genommen werde, verbotene Waffenschlebung in Deutschland zu unternehmen. Im Verzweifeln des Rechtsanwaltsbureaus will er in Abwesenheit des Rechtsanwalts Hein mit einem angeblichen Altkameraden Krenndt zusammengetroffen sein, der von Asprien geschickt war und mehrere Käufer, ausländische Handelsleute, bei sich hatte. Diese wollten für Finnland, Polen und eventuell auch für die Kommunisten Gewehre, Munition und Bajonette kaufen. Es sollte für jedes Gewehr 2 1/2 Dollar gezahlt werden. Ziegler überreichte dieser Kauvermittlung eine Aufstellung über ein angebliches Waffenslager, das auch am nächsten Tage gezeigt werden sollte, wobei er den Herren von seinen guten Beziehungen zu v. Ullrich und verschiedenen Organisationen erzählte. Nun soll, nach der Behauptung des Angeklagten Ziegler, Rechtsanwalt Hein einen Kaufvertrag ausgefertigt haben, und die Käufer hinterlegten 100 Millionen Papiermark bei dem Rechtsanwalt, außerdem 500 holländische Gulden, 5000 Dollar und zahlreiche Scheids. Dieses Geld wurde dann durch eine, wie sich Ziegler ausdrückte, „Beislagnahmekommission“ durch falsche Kriminalbeamte bei dem Rechtsanwalt beschlagnahmt, aber Rechtsanwalt Hein sei, wie der Angeklagte immer wieder erklärt, in die ganze Aktion eingeweiht gewesen. 30 Proz. des beschlagnahmten Geldes habe er bekommen und der Rest sei zwischen ihm, Asprien und anderen beteiligten Personen in einem Schanklokal verspielt worden. Sie hätten sich dann ins wiesische geprellte Reichsbankfach ein Ingenieur um sein Auto geprellt worden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung bezeichnet der als Zeuge vernommene Rechtsanwalt Hein die Darstellung des Angeklagten Ziegler, als ob er, der Zeuge, die Hände im Spiel gehabt habe bei dem dunklen Geschäft, als vollkommen unwahr. Ziegler, den er nur als Wiegand kannte, habe ihm mehrmals für Hinterlegungsgegenstände in Anspruch genommen und sei am 16. März 1923, abends gegen 8 Uhr, wieder mit drei Herren in sein Bureau gekommen, nachdem die Herren vorher im Wartezimmer lange verhandelt hätten. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß es sich um den Abschluß eines größeren Kaufgeschäftes handele und man wolle ihn als Treuhänder benutzen. Zu diesem Zweck wurde bei ihm der Betrag von 100 Millionen in Devisen und Reichsbankscheids hinterlegt. Ueber die Art des Geschäftes sei ihm keine Mitteilung gemacht worden. Erst Abends habe ihm seine Frau erzählt, daß sie das Gespräch belauscht habe und daß dabei Worte gefallen

seien, wie Gehelmschalten und Zuchthaus. Da habe sich seiner eine große Aufregung bemächtigt, weil er befürchtete, daß er mißbraucht worden sei zu irgendeiner landesverräterischen Sache. Ueber habe er weder von Wiegand, noch von den anderen die Adresse gemerkt. Gegen 10 Uhr abends seien drei Männer erschienen, die Erkennungsmarken und Lichtbilder vorzeigten und sich als Kriminalbeamte ausgaben und die das Geld beschlagnahmten. Hinterher habe es sich erwiesen, daß es sich um falsche Beamten handelte. Der Angeklagte Ziegler sagte dem Zeugen ins Gesicht zu, daß er bei dem ganzen Schwindel mit ihm unter einer Decke gesteckt hatte. Zeuge Rechtsanwalt Hein erklärte, daß er nicht wisse, was er zu dieser Dreistigkeit sagen solle. Der Staatsanwalt hielt dem Zeugen entgegen, daß er als Organ der Rechtspflege, nachdem ein Verfahren gegen ihn und Ziegler eingeleitet worden war, pflichtgemäß hätte dazu beitragen müssen, Ziegler festzunehmen. Der Zeuge erwiderte, daß er sich als An-

Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Sonntag, den 19. April, vormittags 11 Uhr,
im „Großen Schauspielhaus“, Karlstraße:

Frühlings-Feier

Programm:

Mädchchor mit zwei Geigen / Jungschor mit
Geigen und Klappen / Rezitationen / Volks-
länze / Märchenpiel: „Frühling im Waldreich“
von Fr. Osterroth.

Eintrittskarte 60 Pf.

Verkaufsstellen: Jugendverleiher, SW, Lindenstr. 2, geöffnet von 9-5. Mitt-
wache u. Freitage von 9-7. Sonnabende von 10-1 Uhr. A. Jepsch, NW, Wilhelm-
shausener Straße 48. P. Dörs, NO 25, Gimmelsstraße 24. A. Bötsch, N 25,
Ulrichstr. 48. Müllerstraße 3. Kroll, N 25, Ulrichstr. 31. W. Hoffmann, N 25,
Egnerstr. 8. E. Stern, N 25, Gieselerstr. 14. R. Anderson, N 21, Straußener
Straße 12. S. Müller, N 24, Bahnhofsstr. 7. W. Hartmann, O 24, Königsberger
Straße 17. E. Wittsch, O 24, Preussener Straße 2. R. Müller, O 24, Preussener-
burger Platz 4. „Gewerks“-Spekulation Oden, Markstraße 26. P. Her, SO 20,
Rauninger Str. 9. „Gewerks“-Spekulation Söden, Bernauer Straße 47. „Gewerks“-
Buchhandlung, Lindenstr. 2. „Gewerks“-Spekulation, Greifenhofener Straße 22,
und am Sonntag im Schauspielhaus.

walt an das Berufsgeheimnis gebunden gefühlt habe, solange Ziegler nicht eines Verbrechens überführt war. Der Kaufmann Karl Leuschke ein aus Hannover ist einer derjenigen, der zusammen mit zwei Ausländern das angebliche Waffenslager von dem Angeklagten Ziegler alias Wiegand kaufen wollte. Er sei Inhaber einer konzessionierten Waffenfirma. Sie hätten sich am 16. März in dem Bureau des Rechtsanwalts Hein im Wartezimmer mit Wiegand getroffen. Dieser habe gesagt, daß es sich um den Waffenschlebung einer aufgelösten Rechtsorganisation, der auch Rechtsanwalt Hein angehört, handele. Das Waffenslager sollte am nächsten Tage beschlagnahmt werden, und sie hätten vorgeschlagen, die Kaufsumme bei einer Bank zu deponieren. Wiegand sagte jedoch, die Herren von der Organisation wünschten, daß das Geld durch die Hände des Rechtsanwalts Hein gehen sollte. Da sie in einem Rechtsanwalt volles Vertrauen setzten, hätten sie diesem das Geld zu treuen Händen übergeben und einen Kaufvertrag abgeschlossen. Von Waffenschlebung sei allerdings in Gegenwart von Rechtsanwalt Hein nicht gesprochen worden. Am nächsten Tage sei Wiegand nicht erschienen, und als der Zeuge den Rechtsanwalt anrief, mußte er hören, daß das Geld weg sei, da es beschlagnahmt worden wäre. Er sei nach Raabitz gefahren und habe Rechtsanwalt Hein getroffen, der ihm die Beschlagnahmequittung zeigte. Sofort habe er erkannt, daß es eine Fälschung sei, denn der Stempel war ein nachge-
zogener Verfassungstaler. Er habe dem Rechtsanwalt Vorhaltungen gemacht, daß er das Geld aus treuen Händen nicht hätte aushändigen dürfen, auch wenn es sich angeblich um etwas Ungeliebtes handelte. An die Geschichte mit der Beschlagnahme habe er nicht geglaubt, um so weniger, als ein Rechtsanwalt auf einen so plump ausgefertigten Schein nicht hätte hineinfallen dürfen. Anhaltspunkte für einen Verdacht gegen Rechtsanwalt Hein habe er aber weiter nicht. Ein früherer Kriminalbeamter, Erich Großer, der mit Asprien wegen Aufdeckung von Waffenslagern zusammenarbeitete, will beobachtet haben, daß nach dem Fortgange von Großer und Asprien aus dem Hause des Rechtsanwalts drei Leute herausgekommen seien, anscheinend die falschen Kriminalbeamten. Zwei von ihnen habe er als Bekannte der beiden Angeklagten wiedererkannt. Der Zeuge Großer, der, wie das Gericht wiederholt feststellte, in der Sache eine sehr dunkle Rolle gespielt hatte und der, ebenso wie das Ehepaar Hein zunächst unvereidigt vernommen wurde, mußte zugeben, daß er später bei Rechtsanwalt Hein im Hause viel verkehrt und auch Geld bekommen habe. Rechtsanwalt Hein erklärte dazu, daß er Großer die Geldsummen gegeben habe, um Ermittlungen nach den Tätern anzustellen. Der Angeklagte Asprien bestritt, daß er mit der Beschlagnahme etwas zu tun gehabt habe. In später Abendstunde trat zunächst eine Pause ein.

Staatsanwaltschaftsrat Höfer erbrachte keinen Beweis für die Mittäterschaft des Ehepaares Hein und beantragte dessen Verurteilung. Gegen Ziegler beantragte er unter Jubelung mildernder Umstände zwei Jahre Zuchthaus, denen Asprien eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Nach längerer Beratung verurteilte das Schöffengericht Schöneberg die Angeklagten wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges, Ziegler erhielt ein Jahr Zuchthaus, unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft, und drei Jahre Ehrverlust; Asprien wurde zu einer Zuchthausstrafe von acht Monaten Zuchthaus, zu der in Frankfurt erkannten Strafe von sieben Jahren Zuchthaus, und zu zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Rechtsanwalt Hein, dessen Ehefrau und der Zeuge Großer wurden verurteilt, da der Verdacht der Teilnahme nicht gegeben erschien.

„Gutes märkisches Kraut“

Unter dem hochtönenden Namen „Berliner Großhandelszentrale“ betrieb der Kaufmann Kaselowski zusammen mit einem Russen Boshoroff einen großartig angelegten Waren- und Kreditwindel. Kaselowski hatte sich unter der Anklage des fortgeführten Betruges im wiederholten Rückfalle vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte zu verantworten. Er ist bereits in den verschiedensten Städten Deutschlands wegen Betruges mit erheblichen Verurteilungen belegt worden. Im Frühjahr 1924 hatte er in der Reichsforstraße seine „Großhandelszentrale“ eröffnet und suchte zur Erweiterung des Großbetriebs in den Zeitungen dauernd nach beteiligungswilligen Geldleuten. Teils mittlere

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 16. April.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30-6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.05 Uhr abends: Paul Morgan: „15 Ufa-Minuten“. 6.40-7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung: Bildungskurse). 6.40 Uhr abends: Gartenbau: Dr. Ludwig: „Pflanzenkrankheiten im Garten. I. Teil“. 7.10 Uhr abends: Technik: Oberingenieur Gramataki: „Moderne Astronomie“. 6. Vortrag: „Der Fixsternhimmel. II. Teil“. 8 Uhr abends: Professor Dr. Brandt: „Richard Wagner als Dichter“. 8.20 Uhr abends: Wagner-Abend. Dirigent: Selmar Meyrowitz. 1. Vorspiel u. „Lohengrin“ (Orchester). 2. Am stillen Herd, aus „Die Meistersinger von Nürnberg“ (Fritz Sook, von der Berliner Staatsoper, Tenor). 3. Vier Lieder (Wesendonck) (Dorothee Mansk, von der Berliner Staatsoper, Sopran). 4. Szene im Brautgemach aus „Lohengrin“ (Dorothee Mansk und Fritz Sook). 5. Vorspiel und Isolde Liebestod aus „Tristan und Isolde“ (Orchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik.

Beamte, teils frühere Offiziere mit bekannten abligen Namen gaben Kaselowski Tausende von Mark als Geschäftseinlage. Sie wurden dadurch besonders sicher gemacht, daß ihnen der Angeklagte ganze Lager von Säuben und Zigaretten als Deckung übereignete. Als die Wechsel aber von Kaselowski nicht eingelöst wurden und die Gläubiger die Lager zu Geld machen wollten, stellte sich heraus, daß die Säube wegen Minderwertigkeit nicht getragen werden konnten. Die Zigaretten entwickelten ein entsetzliches Aroma. Der gerichtliche Sachverständige bezeichnete den verwendeten Tabak als „gutes märkisches Kraut“, wie man derartigen Schund in Fachkreisen nennt. Der Schaden, den Kaselowski angerichtet hat, geht in die Zehntausende von Goldmark. Das Zeugenangebot der Gläubiger war sehr groß. Der Angeklagte, der auf einer Bahre aus dem Gefängnis zur Verhandlung gebracht werden mußte, hielt trotz seines schweren Leidens große Vorträge über seine sonderbaren kaufmännischen Geschäftsgrundsätze und schob die Hauptschuld auf seinen russischen Geschäftsteilhaber Boshoroff, der ihn selbst betrogen und mit dem ganzen Gelde nach Amerika geflüchtet sei. Erschwerend fiel für den Angeklagten ins Gewicht, daß er nach der Feststellung des Vorliegenden noch die Dreistigkeit besessen hatte, durch eine umfangreiche, raffinierte Korrespondenz aus der Gefängniszelle heraus mit weiteren Geldgebern in Verbindung zu treten und seinen Geld- und Warenschwindel fortzusetzen. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Treibens verurteilte das Gericht den Angeklagten, der, um ihn vor dem Zuchthaus zu bewahren, nochmals mildernde Umstände erhielt, immerhin zu drei Jahren Gefängnis.

Ein schwerer Justizirrtum.

Unschuldig als Mörder im Zuchthaus.

Ein schwerer Justizirrtum, wegen dessen ein Mensch fast zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus gesessen hat, ist in Rempten im Allgäu an den Tag gekommen. Den 23jährige Goldarbeiter Johann Plant aus Niederstauffen lag mit seinem dienstkollegen Franz Sachs, von dem er sich benutzert glaubte, im Streit und hatte ihn unter Drohungen seine Feindschaft angekündigt. Am 17. Februar 1923 hatte Plant, der sich Anfangs heftig sträubte, weil er Unheil befürchtete, zusammen mit Sachs einen Dienstgang antreten müssen. Sachs kam von diesem Dienstgang nicht mehr nach Hause; er wurde erschossen aufgefunden. Plant, der allgemein als der Täter bezeichnet wurde, kam unter Verdacht vor das Schwurgericht und wurde auf bloßen Indizienbeweis hin wegen Totschlages zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Todesstrafe beantragt. Einen Werd durch einen Schmuggler hielt das Gericht für ausgeschlossen. Unter Schluchzen und Tränen hatte Plant damals seine Unschuld beteuert; wenn er sterben müsse, gehe er mit reinem Gewissen in die Ewigkeit. Jetzt wurde am Karfreitag in Lindau ein bekannter Schmuggler namens Franz Knöppler unter dem Verdacht, den Mord an Sachs begangen zu haben, verhaftet. Er hat die Tat auch bereits eingestanden.

Ungetreue Postbeamte.

Das Verschwinden eines Wertbriefes beschäftigte, wie wir seinerzeit mitteilten, anfangs dieses Monats die Kriminalpolizei. Es handelte sich um einen von mehreren Wertbriefen, die von der Firma Wagner u. Co. auf der Postwegstelle 67 am Zentralbahnhof ausgegeben worden waren. Er enthielt 3600 Mark. Die Ermittlungen ergaben, daß dieser Wertbrief von einem Postbeamten unterschlagen worden ist. Die Postverwaltung hat der Firma Wagner u. Co. die 3600 Mark ersetzen müssen. Der ungetreue Beamte wurde ermittelt und verhaftet. — Auf dem Postamt 54 am Rosenthaler Tor wurden von der Oberpostdirektion und der Kriminalpolizei fortgesetzte Untersuchungen angeordnet, die wahrscheinlich bis zum Oktober o. J. zurückgehen. Auch hier wurde der schuldige Beamte ermittelt und festgenommen. Er hatte auf dem Amt eine Art Vertrauensposten und war bald in diesem, bald in jenem Dienstzweig beschäftigt. Unter Mißbrauch des Vertrauens verlor er es, durch raffiniert ausgelegte Nachrichten eingeschriebene Wertbriefe, besonders Landesbriefe an sich zu bringen und sie zu erlösen, indem er Briefe mit minderwertigem Inhalt an ihrer Statt in den Betrieb einschmuggelte. So verhinderte er längere Zeit die Entdeckung der Veruntreuungen und erschwerte namentlich ihre Aufklärung, die auch jetzt noch nicht in vollem Umfang abgeschlossen ist. Um diesen genau feststellen zu können, erludt die Postverwaltung, alle diejenigen, besonders Geschäftsleute, die vom Postamt 54 ihre Sendungen erhalten, ihre Korrespondenz seit Oktober o. J. einmal daraufhin nachzusehen, ob sie eingeschriebene Briefe erhalten haben, deren Inhalt nicht wertvoll genug war, um ein Einschreiben zu rechtfertigen oder nachzusehen. Ihre Feststellungen nach dieser Richtung wollen sie dem Untersuchungsreferat IX/C, beim Postamt 54 in der Lothringer Str. 54/55, mitteilen.

Vorsicht mit den Gashähnen! Durch einen nicht richtig verschlossenen Gashahn hat sich wieder ein Unfälle ereignet. Der Radfahrer Bruno Keit, Berlin-Reinickendorf, Grüner Weg 52, wurde bewußlos aufgefunden mit offener Gasvergiftung. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren von Erfolg. Keit konnte in seiner Wohnung bleiben.

Einen dreifachen Heberfall am heftigsten Tage verübte ein etwa 15jähriger Burche gestern nachmittags um 4 1/2 Uhr in der Bückerstraße auf einen Kolonialwagen. Er kletterte von hinten auf den Wagen und stahl dem Kutscher aus seiner Geldtasche circa 1000 bis 1500 R. Der Kutscher und Radfahrer holten ihn ein und übergaben ihn der Polizei.

Ein Dachstuhlbrand brach am 15. gegen Mittag auf dem Grundstück Franzstr. 3 in Spandau aus, vermutlich durch Ueberheizen einer Käuherkammer. Die Spandauer Feuerwehr hatte eine halbe Stunde mit den Löscharbeiten zu tun. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf etwa 5000 R.

Städtische Trinkerfürsorgestelle Neukölln. Nach dem Beschluß vom 10. März 1924 ist die Trinkerfürsorgestelle Neukölln, die am 10. März 1924 in denen nur Beratungen erbeten wurde, sind 78 neue Anmeldungen (darunter 2 Frauen) erstattet (gegen 34 im Vorjahre), von denen 12 Männer zur Kur in Trinkerfürsorgestätten eingewiesen werden mußten. Die Städtische Trinkerfürsorgestelle Neukölln (Eckstraße 27, hochparterre links, Zimmer 5) ist jeden Sonnabend von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr abends zur kostenlosen Beratung und Hilfe geöffnet.

Das Pflegeamt für die wissenschaftliche Weiterbildung der Schwerkörperlichen veranstaltet in der „Arnia“, Taubenstr. 48/49, am Sonntag, den 19. April 1923, vormittags 10 1/2 Uhr einen bunten Lichtbildervortrag „Redende Steine“. Der Besuch ist für jeden Schwerkörperlichen und deren Angehörige zu empfehlen.

Bildungsausschuss. Städtisches Schillertheater, Charlottenburg, Wilhelmstraße. Sonntag, den 19. April: „Von morgens bis mitternachts“ von Keller. Sonntag, den 17. Mai: „Raboulet“ von Schiff. Arriebe. Gräbe. Preis pro Karte einschließlich Theatersteuer und Gebühr für Kleiderabgabe 1 Mk. — Deutsches Opernhaus, Charlottenburg, Bismarckstraße. Donnerstag, den 21. Mai (Ammelsjahr): „Boccaccio“, Oper von R. Fell und Richard Genée, Musik von Franz v. Suppe. Preis pro Karte 1,50 Mk. Kleiderabgabe frei. Die Vorstellungen bestimmen pünktlich 2 1/2, 1/2 Uhr nachmittags. Karten für familiäre Veranstaltungen sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, Zimmer 8, Buchhandlung Fortwärt, Lindenstr. 2, in sämtlichen Gewerkschaften, bei den Mitgliedern der Bildungsausschüsse und den Abteilungsleitern. Kaufstellen und Verkauf von Abdrucken und Holzschritten erster Künstler: Sella Gasse, Wilhelm Desterle, Hellmuth Krommer im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3.

Billige englische Festhemden. Wie die Vereinten Berliner Geringschneider mitteln, findet vom 17. bis 21. d. Mts. ein billiger Verkauf von englischen Festhemden statt. Preis 10 Stück 50 Pf. Verkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

Großfeuer in Hamburg.

In dem an der Straße Große Bleichen belegenen großen Bureau- und Geschäftshaus "Kaufmannshaus" brach gestern nachmittags gegen 5 1/2 Uhr ein Großfeuer aus.

Großflugtag in Staaken.

Ein schöner sonniger Tag, wie wohl selten im Monat April, verleiht seine Anziehungskraft nicht auf alle sportliebenden Berliner, die zu Tausenden nach Staaken hinausfahren.

Der internationale Rundfunkauschuss.

Auf Grund von Vorbesprechungen in London, Mitte März, wurde auf einer internationalen Konferenz der privaten Rundfunkgesellschaften in Genf am 3. und 4. April von Vertretern der meisten europäischen Länder ein Zusammenschluss zur "Union Internationale de Radiophonie" mit dem Sitz in Genf beschlossen.

Der Vergiftung auf Helgoland.

Die Preussische Geologische Landesanstalt gibt folgenden Bericht des nach Helgoland entsandten Geologen: Der am 3. März d. J. erfolgte Vergiftung geht seiner Größe nach nicht über den Rahmen ähnlicher Ereignisse der letzten Jahre hinaus.

Die Wahlparole der Partei.

Berliner Funktionärerversammlung.

Ueberaus zahlreich waren gestern die Parteifunktionäre Groß-Berlins im Lehrereisenhaus zusammengetreten.

Siegfried Aufhäuser.

Dieser erklärt zunächst — und glaubt damit auch für viele Parteigenossen zu sprechen — daß er persönlich gegen die Taktik der Parteimehrheit im zweiten Wahlgang war; aber hinter dem Kampf um Republik und Monarchie steht die Auseinandersetzung zwischen großen wirtschaftlichen Interessen, es handelt sich um die Erfüllung der Republik mit sozialem Gehalt.

Die Deutsche und die Berliner Sozialdemokratie hat am 29. März eine Schlacht gewonnen. In den Beratungen von Parteiauswahl und Fraktion handelte es sich darum, welche Konsequenzen aus diesem großen Erfolg, der Steigerung unserer Stimmenzahl von 26 auf 29 Proz., für den zweiten Wahlgang zu ziehen waren.

Grundsätzlich vom Standpunkt des sozialistischen Kampfes ist für uns der Verzicht auf einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten durchaus tragbar, da die deutsche Republik noch lange kein sozialistischer Volksstaat ist (oder war!) und ein sozialdemokratischer Präsident die ökonomischen Machtverhältnisse nicht ändern könnte.

Uner Elnstuf nimmt in dem Maße zu, wie wir unsere Macht in den Betrieben, Gemeinden, Organisationen steigern.

Weite Kreise des Proletariats stehen dabei noch abseits. Die Kommunisten — ich weiß nicht, ob sie noch links von uns stehen (Heiterkeit) — agitieren heute noch mit dem "Berrat", den der verstorbene Genosse Ebert begangen habe, gleichzeitig werfen sie uns Verrat vor, weil wir nicht wieder versuchen, einen Sozialdemokraten an Eberts Stelle zu setzen.

Die demokratische Republik hat für das Proletariat ihren Wert und es ist ein Unterschied, ob ein Zarres oder Hindenburg den formalen Eid leistet oder ob ein erklärter Republikaner Präsident wird.

Der Haß der Reaktion gegen Marx.

sein Rücktritt, als er eine Rechtsregierung bilden sollte, seine Außenpolitik, die neben dem Wirken der Sozialdemokratie uns das Vertrauen des Auslandes zurückgewonnen hat, schließlich sein Verhalten in der preussischen Krise, das die Bildung eines Reichsblocks verhinderte und Otto Braun wieder zum Ministerpräsidenten machte — das alles zeigt, daß es keinesfalls egal ist, welcher Bürgerliche gewählt wird.

Wir haben vor dem Kriege auch manchmal in Reichstagswahlen für Bürgerliche gestimmt; eben so wenig wie das ein Verrat unserer Grundsätze war, so wenig geben wir durch unser Eintreten für Marx unsere Kirchen- und Schulpolitischen Grundsätze preis.

Kann die deutsche Arbeiterbewegung solche taktische Rücksichten nicht mehr zu nehmen brauchen, das hängt davon ab, wann die deutsche Arbeiterklasse sich aufrafft, mit der kommunistischen Zerlegung Schluss zu machen.

Das Zentrum hat den Arbeiterkandidaten Otto Braun zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt — die kommunistische "Arbeiter"partei hat sich mit den Suntern verbündet, um diese Wahl unmöglich zu machen! (Sehr wahr!) Soll es vom Standpunkt des Klassenkampfes erlaubt sein, Hindenburg zu wählen und verbieten sein, Marx zu wählen? Das wäre nicht proletarische Logik, das wäre Dummelei!

präsident mindestens 35 Jahre alt sein muß, erfüllt der Reichsblockkandidat allerdings, sogar doppelt (Heitere Zustimmung), er hat ja auch erklärt, daß er sich zu alt fühle. Er soll ja auch nur gewählt werden, damit die Träger des Reichsblocks, Landbund und Reichsverband der Industrie regieren.

Die "Neutralkritik" der Kandidatur Hindenburg wird genügend gekennzeichnet durch ihre Befürworter.

die Ludendorff, Tirpitz, Westarp, Goebell usw. Es gilt, den Frauen ihre Wahlpflicht ins Gewissen zu rufen, ihre Pflicht, ihr Wahlrecht gegen den Militarismus auszuspielen. Der Repräsentant dieses Militarismus kommt uns jetzt mit einer Auserkennungskandidatur! Er redet von Säuberung des Staates — das sagt der Kandidat der Kriegsgewinner, der Schwerverdiener am Krieg und der Herausgeber der Kriegsanleihen, an denen das deutsche Volk seine Ersparnisse verloren hat.

Die Auslandspresse zeigt klar, daß das Ausland eine Wahl Hindenburgs als ein Bekenntnis Deutschlands zum alten System und gegen die Völkerverständigung empfinden würde. Ein Eintritt Deutschlands mit dem Präsidenten Hindenburg in den Völkerbund wäre ein Witz. (Sehr wahr!) Der Sieg Hindenburgs wäre ein Sieg über den Unterzeichner des Dawes-Plans Marx. Der Sieg Hindenburgs schließlich ist die einzige Hoffnung Poincarés und seiner Leute, wieder an die Macht zu gelangen.

Ein Vagabund der Monarchie darf nicht der Nachfolger Friedrich Eberts sein. Unsere Republik darf nicht reslos zur Beute der Großagrarier und Schwerindustriellen werden. Es geht um den Kampfsboden der Arbeiterbewegung. Ein Sieg Hindenburgs wäre ein Staatsverrat gegen die Republik. Arbeiten wir mit aller Kraft der Werbung und Ueberzeugung, um das zu verhindern.

Im November 1923 hat man in Bayern die republikanische Konzentration veräuert — wiederholen wir diesen Fehler nicht! Unsere Parole muß lauten: Für den republikanischen — gegen den monarchistischen Kandidaten! Für den Frieden — gegen den Militaristen!

So muß der 26. April auch zur größten Antikriegsdemonstration werden: Krieg dem Kriege, das heißt Krieg dem Hindenburg-Block — Sieg dem Volksblock!

Lebhafte Beifall folgte dem Referat. In der Diskussion sprach nur

Hilfdebrand: Der Kampf der proletarischen Freiendenker wird durch unser Eintreten für Marx keineswegs gehemmt. So entschieden wie zu Wilhelm's Zeiten werden wir in der Republik auch noch kämpfen können. Vergeht nicht, das Volk an die Kriegsliden zu erinnern, die uns ein Sieg Hindenburgs wiederbringen kann. Darauf wird ein Antrag auf Schluss der Diskussion angenommen. Folgende

Entscheidung

findet einmütige Annahme:

"Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins sind bereit, den Kampf für die Republik mit aller Wucht zu führen. Sie werden alle Kräfte zusammenfassen, damit am 26. April die schwarzweilrote Reaktion eine entscheidende Niederlage erleidet.

Die Sozialdemokraten Berlins sagen den Blut- und Eisenmenschen des Weltkrieges, deren Vertreter der Generalfeldmarschall Hindenburg ist, schärfsten Kampf an."

Vorsitzender küsst schließlich die Versammlung mit anfeuernden Worten, alle Kraft einzuweisen, um eine Wahl des wilhelminischen Generalfiskus zu verhindern, die nicht nur eine Niederlage der Republik, sondern auch eine Niederlage unserer Partei wäre.

In das dreifache Hoch auf die Sozialdemokratie und die Republik stimmte die Versammlung begeistert ein.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 4. Kreis Westend. Die Genossen müssen spätestens am 17. April, abends 7 1/2 Uhr, in einem letzten Vortrag über "Das religiöse Leben in Amerika" in der Aula der Gemeindefabrik Charlottenburg, Oranienstraße, am Sonntag, den 19. April, vorm. 9 Uhr, hinhören.

Heute, Donnerstag, den 16. April:

- 21. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.
- 22. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.
- 23. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.

Frauenveranstaltung heute, Donnerstag, den 16. April:

- 23. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.

Morgen, Freitag, den 17. April:

- 2. 10. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Heller, Engelstraße 28.
- 7. 10. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Heller, Engelstraße 28.
- 10. 10. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Heller, Engelstraße 28.

- 23. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.
- 24. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.
- 25. 10. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Funktionärskonferenz mit den Parteivorsitzenden.

Frauenveranstaltungen morgen, Freitag, den 17. April:

- 7. Kreis Charlottenburg. Der Kreisabend findet am Freitag, den 17. April, bei Heller, Engelstraße 28, statt.
- 8. 10. 7 1/2 Uhr bei Heller, Engelstraße 28, Vortrag des Genossen Goldschmidt über "Wängel der weiblichen Arbeit."

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 28. 10. 7 1/2 Uhr bei Heller, Engelstraße 28, Vortrag des Genossen Goldschmidt über "Wängel der weiblichen Arbeit."
- 29. 10. 7 1/2 Uhr bei Heller, Engelstraße 28, Vortrag des Genossen Goldschmidt über "Wängel der weiblichen Arbeit."

Jugendveranstaltungen.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".
- Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".
- Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.
- Abteilung D.O. Mittelschule. Donnerstag, um 7 Uhr Sitzung mit dem Bezirksausschuss im Beschlusse des Jugendbüros in der Aula der Mittelschule.

Wirtschaft

Erdrosseln die Steuern die Wirtschaft?

Keine Klage der Unternehmer ist so häufig wie die, daß die hohen Steuerleistungen und die hohen Verkehrsstarife die Industrie erdroffen müßten. Sie begegnet uns in allen Handelskammerberichten, auf allen Tagungen der Unternehmerverbände, in allen Geschäftsberichten der Industrie. Ohne jede Kritik werden diese Klagen zum Teil von der bürgerlichen Presse übernommen. Die lehr-jährigen Steuer- und Betriebsüberschüsse des Reichs und teilweise der Gemeinden werden geradezu als Beweis für die Richtigkeit der Unternehmerthese aufgeführt.

Prüft man die Geschäftsberichte der Industrie näher, so sieht man, daß gerade die großen und ausgiebigen Aufträge von jenen Stellen kommen, die die Empfänger der Steuerleistungen sind. So berichtet heute auch die Ritz u. Genest A.-G. Berlin, daß sie für sieben deutsche Städte Fernsprechkäbmer in Arbeit habe neben ebensolchen für ausländische Verwaltungen. Die glänzende Konjunktur der gesamten Elektrizitätsindustrie wäre nicht denkbar ohne die weitgreifenden Ergänzungs- und Erweiterungsarbeiten, die neuerdings von den öffentlichen Nachrichtenvermittlungsbetrieben vorgenommen werden und ohne die großen Bestellungen der gemeindlichen Verkehrs- und Kraft-erzeugungsunternehmungen. Diese sind erst auf der Grundlage ihrer größeren Verkehrs- und Steuereinnahmen möglich geworden, nachdem die Städte Anleihen bisher nicht unterzubringen vermochten. Dasselbe gilt für die Maschinen-, Apparate- und Armaturenindustrie, denen die Großaufträge der Gemeinden für den Ausbau der Wasserwerke und Gasanstalten zufließen. Bekannt ist ebenfalls, wie lange die deutsche Lokomotiv- und Waggonbauindustrie auf die Bestellungen der Deutschen Reichsbahn wartete, die ausbleiben mußten, gerade weil und solange die Reichsbahn wegen zu niedriger Tarife keine Betriebsüberschüsse ermitteln konnte und wie sehr diese Industrien den neuen Reichsbahnbedarf an rollendem Material, Oberbau- und Brückenreparaturen benötigten, nachdem die Reichsbahn durch genügende Einnahmen zu neuen Bestellungen wieder Lust und Möglichkeit bekommen hätte. Die Abhängigkeit der Industrie von den Bestellungen der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe geht heute so weit, daß sie selbst zugeben muß, daß in einzelnen Gewerbezweigen Neuaufrträge verhältnismäßig viel stärker von öffentlichen Anstalten herinkommen als von der Industrie selbst. Ohne die Aufträge der öffentlichen Hand wäre die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die infolge der Inflations-nachwirkungen eingetreten sind, noch verheerender, als es ohnehin der Fall war, geworden.

Die hohen Steuern und Verkehrsstarife, über die die Unternehmer nicht genug klagen können, erdroffen also keineswegs die Industrie. Sie sind vielmehr eine der entscheidenden Quellen für die Beschäftigung der privaten Industrieunternehmungen. Die Unternehmer übersehen nämlich vollkommen, daß die steuerlichen Heberschüsse öffentlicher Verwaltungen und die Betriebsüberschüsse öffentlicher Unternehmungen eben so gut eine produktive Kapitalbildung darstellen, wie wenn die Industrie selbst Gewinne akkumuliert und Reserven bildet. Neu ist dabei nur, daß der Ertrag der Wirtschaft dabei eine andere Verteilung als die gewohnte erfährt und durch andere Kanäle als bisher der Wirtschaft wieder dienstbar gemacht wird. Das mag für die privatkapitalistischen Unternehmer unangenehm sein, weil bei dieser öffentlichen Kapitalbildung die Industrie auf ihre Zwischengewinne bei den in Auftrag gegebenen Bestellungen beschränkt wird und die Bewertung der Kapitalneubildung im öffentlichen Interesse und zum öffentlichen Nutzen erfolgt. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt liegt hier zweifellos keine Schädigung, sondern eher eine Förderung des wirtschaftlichen Gesamtinteresses vor, dem besser gedient wird, wenn die Kapitalerträge aus Verwaltungs- und Betriebsüberschüssen für die Gesamtheit verwendet werden, statt im Luxusverbrauch von Großaktionären zu verfließen.

Ob bei dieser Neuverteilung des Ertrags der Wirtschaft und insbesondere bei der Rückleitung der steuerlichen und Betriebsüberschüsse in der Wirtschaft auch immer richtig und rationell disponiert wird, das ist selbstverständlich eine Frage ganz anderer Art. Darüber kann man mit den Unternehmern diskutieren. Das Interesse der Arbeiterschaft an der rationalen Verwertung solcher „Heberschüsse“ ist jedenfalls mindestens ebenso groß als das der

Unternehmer. Hierfür zu sorgen, würde es den Unternehmern weder an Organen in der Öffentlichkeit noch an Gelegenheit in ihren Industriekammern, Verbänden und Parteien fehlen. Allerdings dürfte für eine solche Tätigkeit, die wahrhaft dem Gesamtinteressen dienen würde, bei den deutschen Unternehmern viel weniger Gerechtigkeit bestehen, als für ihre allgemohnte Politik, möglichst viel Steuern von sich abzuwälzen, und wenn sie einmal kräftiger zur Steuerleistung herangezogen worden sind, möglichst viel von den geleisteten Steuerzahlungen wieder in ihre Taschen zurück zu bringen, wie die Geschichte der 700 Millionen Ruhrkredite bewiesen hat.

Was daher ganz und gar abgelehnt werden muß, das ist die Thraße der Unternehmer, daß die Steuern und Verkehrsstarife die „Wirtschaft zum Erliegen“ bringen müssen. Das ist nicht nur falsch, sondern unwahrhaftig und demagogisch. Das ist eine wirtschaftspolitische Brunnenvergiftung, die um so gefährlicher ist, als die Behauptungen der Unternehmer von den so und so viel mal höheren Steuern und den um so und so viel höheren Verkehrsstarifen naiven Gemütern allzu plausibel erscheinen können.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im März.

Die Bedingungen, unter denen die deutsche Volkswirtschaft im März arbeitete, waren im ganzen dieselben wie im vorhergehenden Monat. Die Lage zeigt sich deswegen nach der Darstellung des „Reichsarbeitsblatts“ im ganzen wenig verändert. Sowohl die guten wie die schlechten Anzeichen sind in dem Gesamtbilde wieder gemischt: zum Teil hat sich der Auftragsgang weiter gebessert, wenn er auch in der Regel langsamer und schwächer blieb als im Februar, und andererseits sind auch wieder Abwägungen im Beschäftigungsgrad, z. B. des Kohlenbergbaus, einzelner Zweige der Nahrungs- und Genussmittelindustrie festzustellen; außerdem haben sich für eine ganze Reihe von Gewerbezweigen die Nachrichten über schließenden Zahlungseingang und Hemmnisse in der Beschaffung von Betriebskapitalen vermehrt. Auch die ausgehenden Betriebe sind selten bis zur vollen Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Wenn häufig Facharbeitermangel auftritt, so zeugt das nur in beschränktem Maße von befriedigendem Beschäftigungsgrad. Diese Erscheinung ist in erster Linie darin begründet, daß der Nachwuchs an Fachkräften durch den geringen Zubruch zu den Lehrstellen seit dem Krieg sehr stark eingeschränkt ist, und daß außerdem der Zwang zu rationaler Betriebsführung und die Notwendigkeit höchst gesteigerter Qualität der deutschen Erzeugnisse für den Weltmarkt die Nachfrage nach Qualitätsarbeitern erhöht, während andererseits der Kapitalmangel einer Verbesserung der maschinellen Anlagen enge Grenzen setzt.

3396 typisch industrielle Betriebe mit 4,5 Millionen Beschäftigten berichteten an das Reichsarbeitsblatt über ihren Beschäftigungsgrad im März und machten Vergleichsangaben zum Monat vorher. Der Anteil der Arbeitskräfte, die Betrieben mit höchstem Beschäftigungsgrad angehörten, ging von 30 Proz. auf 29 Proz. zurück, und es stieg dafür der für die gutbeschäftigten Betriebe (von 27 auf 28 Proz.). Die Zahl der Beschäftigten in den 3396 Betrieben erhöhte sich vom 15. Februar bis zum 15. März um 1 Proz. von 1,490 Millionen auf 1,505 Millionen.

Die Branchen der Metallindustrie.

Bei 252 Werken der Eisen- und Metallindustrie mit rund 207 000 Beschäftigten fand eine Vermehrung der Arbeitskräfte vom Februar zum März um 1,5 Proz. statt; von den Beschäftigten gehörten 56 Proz. (gegen 54 Proz. im Februar) Betrieben mit befriedigendem Beschäftigungsgrad an, als gut beschäftigt wurden 25 Proz. gegen 24 Proz. im Vormonat getechnet.

Interessant ist die Entwicklung der Konjunktur in der Elektrizitätsindustrie: Der Beschäftigungsgrad der Werke war im allgemeinen unverändert befriedigend. Auslandsaufträge waren allerdings nach wie vor spärlich zu erlangen; nach dem Bericht der H. R. Frankfurt a. M. konnte im günstigsten Falle nur die Hälfte des Anteils erreicht werden, den der Vorkriegsexport an den Gesamtverkäufen hatte.

Nach 64 Einzelberichten an das Reichsarbeitsblatt waren 87 Proz. der Beschäftigten in Unternehmungen mit befriedigendem Beschäftigungsgrad beschäftigt (gegen 85 Proz. im Vormonat); den Betrieben mit gutem Beschäftigungsgrad gehörten 10 Proz. der Arbeiter im März (gegen 11 Proz. im Februar) an.

Im ersten Vierteljahr 1925 zeigte sich im Berliner Bezirk ein verstärkter Bedarf der Elektrizitätswerke an Kabeln, weil die Elektrizitätswerte, die zum großen Teil unter weitgehender Überbelastung ihrer Netze zu leiden hatten, namentlich daran gingen, Ergänzungs- und Erweiterungsarbeiten vorzunehmen, die sie seit langer Zeit hatten zurückstellen müssen; auch die Ausstellung zahlreicher Generatoren und Motoren wurde notwendig, und es mußten, dadurch veranlaßt, Transformatoren, Schaltzeug, Zähler und Kleinmaterial in größeren Mengen geliefert werden. Gleichzeitig regte sich im privaten Haushalt das Verlangen nach Verbesserung der Beleuchtung wie nach Verwendung elektrischer Koch- und Heizapparate. Die Bestellungen aus der Industrie haben demgegenüber an der

Zunahme der Aufträge nicht in der gleichen Weise teilgenommen; vollends waren die Bergwerke nicht in der Lage, größere Aufwendungen für elektrische Einrichtungen zu machen.

Bekleidung, Genussmittel, Holzbearbeitung.

Die Lage der Textilindustrie hat sich im Vergleich zum Vormonat nur in ganz geringem Maße verbessert. Nach 456 Einzelberichten waren von rund 197 000 Textilarbeitern 56 Proz. (gegen 55 Proz. im Vormonat) in Betrieben mit gutem Beschäftigungsgrad tätig. Die Zahl der in Betrieben mit schlechtem Beschäftigungsgrad Arbeitenden stieg aber ebenfalls ein wenig, nämlich von 11 auf 12 Proz.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist nach 414 Einzelberichten die Beschäftigtenzahl im März dem Februar gegenüber um 3 Proz. verringert worden; in Betrieben mit schlechtem Beschäftigungsgrad waren 36 Proz. der Arbeitskräfte gegen 32 Proz. im Vormonat tätig — allerdings ist auch der Anteil der gut beschäftigten Betriebe etwas gestiegen (von 23 Proz. auf 25 Proz.). Die Verschlechterung geht in erster Linie auf das Mühlgewerbe, zum Teil aber auch auf die Zucker- und Schokoladenindustrie zurück.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist nach 193 Einzelberichten eine nur geringfügige Verbesserung zum Februar zu erkennen; im März gehörten demnach ebenso wie im Februar 36 Proz. der Beschäftigten Unternehmungen mit befriedigendem Beschäftigungsgrad an, während die schlechte Beschäftigung von 38 Proz. auf 37 Proz. sank und die gut beschäftigten Betriebe dafür ihren Anteil von 26 auf 27 Proz. erhöhten.

Dagegen hat sich die Lage der Glasindustrie gegenüber dem Vormonat gehoben und die Zahl der Beschäftigten ist nach 250 Einzelberichten ein wenig gestiegen und der gute Beschäftigungsgrad von 64 auf 67 heraufgegangen. Die Aussichten für die nächste Zeit werden als günstig angesehen.

Ebenso ist in der keramischen Industrie die Zahl der Beschäftigten etwas in die Höhe gegangen.

Nach 126 Berichten an das Reichsarbeitsblatt ist die Zahl der Beschäftigten in der Lederindustrie und Schuhwarenfabrikation zwar nahezu dieselbe geblieben, doch ist im allgemeinen eine deutliche Verschlechterung im Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vormonat eingetreten. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in gut beschäftigten Betrieben stieg zwar von 32 auf 37 Proz., dagegen sank diejenige in befriedigend beschäftigten Betrieben von 30 auf 33 Proz., und schlecht beschäftigt waren 30 Proz. gegen 19 im Vormonat. Die allgemeine Lage der Lederwarenindustrie ist im großen und ganzen wenig befriedigend, es wird allgemein über langsame Verkauf, über schleppende Zahlungen der Kundschaft und über Geldmangel geklagt.

Graphisches Gewerbe und Papierindustrie.

Der Beschäftigungsgrad im Fernschreibungs-gewerbe war nach 57 Einzelberichten an das Reichsarbeitsblatt im Berichtsmonat günstig. Der gute Beschäftigungsgrad ist von 69 Proz. auf 72 Proz. gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist, wenn auch unbedeutend, in die Höhe gegangen. Auch die Betriebe der Landesverwaltungsämter sind günstig. Danach war das Fernschreibungs-gewerbe in allen Teilen des Reichs und für alle Berufsgruppen des Gewerbes voll beschäftigt. Die Nachfrage nach Facharbeitern aller Art blieb im Berichtsmonat unvermindert stark.

Der Beschäftigungsgrad der Papierindustrie war im Berichtsmonat weiterhin zufriedenstellend. Nach 85 Einzelberichten an das Reichsarbeitsblatt hat sich die Zahl der Beschäftigten gehoben. Der gute Beschäftigungsgrad ist von 57 Proz. auf 61 Proz. gestiegen.

Der Völkerverbund für zwischenstaatliche wirtschaftliche Verkehrs-erleichterungen. Das Defoncmische Komitee des Völkerverbundes hat für Ende Mai eine Konferenz einberufen, in der über die Aufhebung der Ein- und Durchfuhr-Ver-bote sowie sonstige Maßnahmen beraten werden soll, die gegenwärtig den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Staaten behindern. Der Völkerverbund will damit die Anregung zu einem rascheren und erfolgreicherem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Staaten Mittel-europas geben.

Billige Salzheringe

Am 17., 18., 20., 21. April findet in Groß-Berlin in den durch Plakate gekennzeichneten Verkaufsstellen ein billiger Verkauf von englischen Fettheringen statt. Der Preis beträgt für

10 Stück prima engl. Fettheringe 0,50 M.
Bereinigter Berliner Heringsgroßhändler

Ziehung 24. und 25. April
Rote-Kreuz-Lotterie
des Volkshelbstätten-Vereins vom Roten Kreuz
12000 Lose, 3168 Gew. u. 1 Prämie i. Wert v. RM.
100000
klein gew. in Wert v. **500000**
300000
Kapitalgewinn in Wert v. **200000**
100000
u. s. w. u. s. w.
Lose zu 3 RM. (Postgebühr u. Liste 50 Pf.)
erhältlich bei d. Staatl. Lotterieleitern und allen Lotteriegeschäften.
A. MOLLING, Berlin W 9, Lennestr. 4
Postfachkonto Berlin 26 226



CUPREX
Das einzige Ungezielermittel.
das schnell u. sicher bei Mägen u. Dar-
Unterstützt aller Art sowie der Brust (Milk-Cup)
mit einem Schläge Mägen.
Es haben in Apotheken u. Drogerien.

Am Montag, 2. Osterfesttag, be-
schied plötzlich durch Schlaganfall im
Alter von 60 Jahren unser lieber
Partei-genosse,
August Klempin
Rosa Spalgr. 3.
Er war stets ein zuverlässiger und
pflichttreuer Genosse im Dienste der
Partei. Die Parteigenosseninnen und
Genossen der 26. Abt. werden ihm
ein herzliches Andenken bewahren!
Die Einäscherung findet Freitag,
nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium
Griethstraße statt.

Im Alter von 86 Jahren verschied
unser treuer Genosse
Karl Fischer.
Wir werden ihm ein ehrendes An-
denken bewahren.
SPD. 78. Abteilung
Schmargendorf.
Die Abteilungsleitung bietet um
rege Beteiligung bei der Einäscherung,
die am Freitag, 2. Osterfesttag, im
Krematorium Wilmersdorf stattfindet.

Stiermilch mit Kochsahne, das
gute Butter. 7880
Anastasia Kaperl
am 12. April sankt entfallen 18.
Geschw. Kaperl. Familie Beetz.
Einäsch.: Sonnabdt. 12. h. M. nachm.
5 1/2 Uhr, im Krem. Baumfchulmann

Am 11. April verlor ich, nur ein, schwe-
rem Leiden unsere liebe Tarngeosfin
Eise Nagel
im blühenden Alter von 20 Jahren
ihre ihrem Vater!
Die Beisetzung findet am Freitag,
17. April, nachmittags 4 Uhr, am Dem-
toren Jakob-Birchhof, Hermann-
straße 66-106, statt.
Seile Turnerstraße 100/101 - 101/102

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hin-
schiedes meines lieben, unersch-
lichen Mannes, des Maschinenführers
Georg Schuricht
sage ich allen herzlich Dank. Be-
sondere danke ich der Geschäftsleitung
und dem Personal der Bau- und
Eisenhandlung Wilhelm Strone für die
opfervolle Unterstützung.
Besten, den 16. April 1925.
In tiefem Schmerze
Anna Schuricht.

Bandwurm verloren
mit Kopf nach 11. Stunden durch
Reich's Bandwurm-mittel
"Fort-lust-er". Seit seit 7 Jahren
an Bandwurm und hatte schon sechs
andere Mittel erfolglos gebraucht.
So wurden Tausende bereit. M. L.
für Kinder (nach Alter) M. 2 40. Wo
in Drogerie u. Apothek nicht erhältlich, durch
Otto Reichel, Weis 41, 2. Eifenbahnstr. 4

Hallo!!!
**Brauchen Sie einen
Damenmantel?**
Wir verkaufen Damenmantel in
guter Ausführung schon für
5⁰⁰, 7⁰⁰, 10⁰⁰, 12⁰⁰ usw
Konkurrenzlos billig,
da wir selbst fabrizieren.
Damenmantelfabrik
Berlin W 8
Charlottenstr. 66 II, Ecke Leipziger Str.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Berichtigung!
In der Angelegenheit des Metallarbeiter-
verbandes von gestern (15. April) muß so
bedauert werden, daß die Brauereigenossenmännern-
konferenz der Metallarbeiter (111) in
diesem Monat nicht stattfand.
Die Vertrauensmännernkonferenz
der Schmiedearbeiter, Stanzler, Dreher,
Zuschneider findet heute, Donnerstag,
den 16. April, nicht statt.

Achtung! Klempner Achtung!
Die Vertrauensmännernkonferenz
des Metallarbeiterverbandes (111) in
diesem Monat nicht stattfand.
Die Vertrauensmännernkonferenz
der Zigarettenmaschinenführer und
Beleuchtungsarbeiter findet heute,
Donnerstag, den 16. April, nicht
statt. Am 23. April, nachm. 5 Uhr, im
Saal der Verbindungshausen, Unter-
straße 83/85, statt.
Wir ersuchen die Vertrauensleute zu
dieser Vertrauensmännernkonferenz zahl-
reich und pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 17. April, abends 7 Uhr:
Sitzung
der mittleren Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.
Zähne
von 2 Staff an
vorzüglich.
Gebiß-Apparaturen in 3 Stunden,
stilles Kauen, Kronen von 3 Staff an,
Zahnziehen mit Betäubung,
Schmerzen, Plombieren von 2 Staff an,
Günstige Zahlungsbedingungen. Garantie.
Eröffnet 9-7 Uhr, Sonntag 9-11 Uhr.
M. Müller, 17 Ritterstraße 17,
siehe Seitenansicht.

Wohnungen
mit Zentralheizung, Warmwasser-
versorgung, 2 und 3 Zimmer mit
Mädchenzimmer, eigen Bau,
kostenschnell per Oktober.
Außerdem per Mai
die letzten 2- und 3-Zimmer-Woh-
nungen zu vermieten.
Jacob Hirsch
Sächsische Straße 67
Sprechzeit 9-12, 3-5 Uhr

Am Sonntag, den 12. April 1925,
abends 7 1/2 Uhr, wurde mein lieber
Mann, unser tausendjähriger Vater,
mein guter Sohn, Bruder, Onkel und
Schwiegervater, der Goldarbeiter
Karl Schwägendiek
im Alter von 66 Jahren uns durch
plötzlichen Tod entzissen.
In tiefem Trauer
Anna Schwägendiek
nebst Kindern u. Angehörigen.
Die Einäscherung findet am Freitag,
den 17. April, abends 5 Uhr, im
Krematorium Griethstraße statt.

Am 14. April d. J. gegen 1 Uhr
nachm. ist mein treuer, guter Mann,
unser lieber Vater, der Direktor a. D.
Julius Enigk
im 76. Lebensjahre gestorben.
In tiefer Trauer
Marie Enigk, geb. Blahn,
und Kinder
Charlottenburg, 14. April 1925.
Die Trauerfeier findet am 18. April,
nachm. 5 Uhr, im Krematorium W 11
merodorf statt.

Metallbetten
Stahlmattens-, Kinderbetten dir. an Priv.
Kar. 30A frei. Eisenmattens-, Soli Tisch

Edinburg.

Von Ch. Ploffe.

Die Lutoeränderung, die einem begegnet, wenn man von Glasgow nach dem nur etwa zwei Stunden entfernten Edinburg fährt, ist ebenso beglückend, wie der Unterschied im Charakter der Städte selbst. Glasgow ist der industrielle Mittelpunkt Schottlands, in Edinburg dagegen, der weltellose schönste Stadt des ganzen Insellandes, gibt es außer Druckereten und einer Menge von Brauereien, für deren Betrieb die chemische Eigenart des Edinburger Wassers besonders günstig ist, nur Fremdenindustrie.

Es sind eine Reihe von Punkten vorhanden, von denen aus man einen prächtigen Blick über die ganze Stadt haben kann. Zum Beispiel das 70 Meter hohe Scott-Monument, das in den Prince-Street-Anlagen errichtet ist und einen eigenartigen, mit Spitztürmen verzierten offenen Dom darstellt, der sich über einer weissen Marmorstatue des berühmten schottischen Romanschreibers erhebt; der Nelson-Turm, der an der einen Seite des Calton-Hill erbaut wurde, oder der Arthur's-Seat, ein vulkanischer Bergkegel, von mächtigem Ausmaß, am Rande der Stadt, der das ganze Stadtbild beherrscht.

Wenn man auf einem dieser Aussichtstürme steht und aus tiefer Höhe herabsieht auf Edinburg, auf das sich um die Prince-Street-Anlagen gruppierende, von Anlagen unterbrochene Häusermeer, hinüber nach dem jahrhundert alten Schloß, das auf einer breiten Hügelkuppe steht, dann nach Nordwesten zu, wo sich die Höfen Leith und Portobello erstrecken, wenn man dann das Auge nach dem Norden, nach der meeresweiten Mündung des Forth mit der in der Ferne aufragenden gigantischen Forth-Brücke schweifen läßt, dann können einem die Augen übergehen, und man verliert sich als nordischer Mensch den Südländer, der vom Anblick Neapels begeistert ausrief: „Sieh Neapel und stirb!“

Doch wenn man durch die Altstadt streift und mit Schauern sieht, wie hier in den Slums die Armen in Dreck und Enge und Elend dahinvegetieren, fast wie die Tiere, des letzten Fränklers Menschleins entblößt, dann kann einem dieser läche Gegenjah erschauern lassen, dann wird man hirt für den Kampf gegen die Ursachen dieser Ungleichheit und erhebt die Städte der Zukunft, die von ganz anderer, einheitlicher Schönheit sein werden!

Edinburg, diese Stadt krafter Verschiedenheit, ist voller altertümlicher Sehenswürdigkeiten aller Art. Alte Kirchen und historische Schloßer; Erinnerungstättchen, an denen Männer wie der Reformator John Knox (der schottische Luther), der frühe Arbeiterdichter Robert Burns, David Hume, Scott u. a. lebten; allehwürdige Grabsteine wie der im Canongate-Park-Kirchhof, auf dem die Worte stehen: „Hier sind bestattet die sterblichen Reste von Adam Smith, Autor der „Theorie der moralischen Gefühle“ und des „Reichtums der Nationen“. Geb. 1723, gest. 1790.“

Das eindrucksvollste jedoch, unbelastet von historischen Erinnerungen, war mir der Hafen von Leith mit seinem geschäftigen Getriebe und seinen beiden langen Piers, die sich weit hinausstrecken in das Meer, dorthin, wo man das ozeanische Atmen fühlen kann.

Unvergesslich aber ist eine Fahrt über die fast zwei Kilometer lange Forth-Brücke, die den Forth überspannt. Der Vorteil, der aus der Abkürzung der Eisenbahnstrecke entstand, war der Antrieb, dieses Wunderwerk von Stein und Stahl zu errichten, das wie ein regenbogenartiges Gebilde der Allmutter Natur selbst anmutet!

O grauam-schönes Welt, die solche Meisterwerke menschlicher Möglichkeiten neben den erbärmlichsten Slums duldet.

Die häusliche Aufnahme, die ich bei lieben Genossen fand, war einfach mütterlich. Sie werde ich das vergessen. Eines Abends nehmen sie mich mit in eine Gruppensammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei. Eine ganze Stunde lang unterhielt man sich sehr ernsthaft und sehr sachlich über geschäftliche Angelegenheiten. Der Schriftführer las alle eingegangenen Briefe vor und hatte auf eine Menge Punkte Rede und Antwort zu stehen. Die Interessiertheit der Genossen und die rege Teilnahme an allen Angelegenheiten der Gruppe kamen mir erstaunlich vor. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß ein deutscher Genosse anwesend sei und bat mich, ein paar Worte an die Versammelten zu richten.

Ich brachte das Gefühl des Aufatmens zum Ausdruck, daß man als Deutscher nach den Kriegsjahren der Isoliertheit haben kann; sagte ihnen, wie stark der Geist der Duldsamkeit und der Achtung vor der Meinung anderer Genossen, der in der eng-

lischen Bewegung so lebendig ist, auf mich gemacht hatte und sprach dann von mancherlei, das mir als kontinentalem Sozialisten merkwürdig erschien.

Als ich geendet hatte, fand der Vorsitzende des Vorstehenden, den Rest des Abends zu benutzen, um Fragen über Deutschland an mich zu richten, allgemeinen Anstang. So verlangten denn eine Reihe von Genossen über alles mögliche Auskunft, und ich gab ihnen Antworten, so gut ich konnte. Inflation und Faschismus; die

Politischer Unterricht.



Betätigung innerhalb der Gegenwarts politik wider sprach meinen Neigungen. Und nun soll ich als Achtzig-jähriger noch all das Zeug lernen!

Frage, ob in Deutschland jemals wieder ein preussischer Militarismus aufkommen werde; die deutsche Jugendbewegung und ähnliches schien sie am meisten zu interessieren. Der Dank, der mir gesendet wurde, als die Versammlung geschlossen werden mußte, war außerordentlich warm; ich bekam den Auftrag, den deutschen Genossen die herzlichsten Grüße und Wünsche der „Central Branch der I.P. Edinburg“ zu übermitteln.

Der Abschied von Edinburg und all den lieben Menschen, die mich fremdlich so kameradschaftlich aufgenommen hatten und so prächtig und phantasievoll internationale Solidarität betätigten, fiel nicht leicht — doch der Ferienmonat war vorüber.

Vom Fernsehen.

Seit das Funkwejen hochgekommen ist, wundern wir uns nicht mehr darüber, daß wir hören können, was in Zürich oder in Rom oder in London oder in noch größerer Entfernung gesprochen oder musiziert wird, und es wird vielleicht die Zeit kommen, wo „das Radio“ eine selbstverständliche Beigabe jeder halbwegs wohlbehaltenen Wohnung sein wird, ähnlich wie etwa die Wasser- oder die Gasleitung. Aber daß man sehen könnte, was sich in entfernten Ländern zuträgt, das will manchem vielleicht nicht recht in den Kopf. Und doch ist auch diese Aufgabe durch die Arbeiten eines ungarischen Ingenieurs Diostans von Mikalich grundtätig bereits gelöst, und ihre Ergebnisse können vielleicht in kurzem dem öffentlichen Gebrauch übergeben werden. Das „Fernsehen“ beruht auf einer sehr

merkwürdigen Eigenschaft eines dem Schwefel ähnlichen Grundstoffs, des Selen. Dieser Stoff bietet nämlich, wenn er hell beleuchtet ist, dem elektrischen Strom einen geringeren Widerstand als im Dunkeln. Ueber die Gründe dieses merkwürdigen Verhaltens weiß man nichts Gewisses. Der Apparat von Mikalich beruht nun darauf, daß zunächst das zu übertragende Bild in eine Anzahl einzelner Bildelemente zerlegt wird, ganz ähnlich wie wir dies im Bildruß sehen können. Die Zerlegung geschieht so, daß Spalte vor dem Bild bewegt werden, die nur ein einziges Bildelement freilassen. Dieses fällt auf einen Draht aus Selen und ruft nun, je nach dem es hell oder dunkel ist, in einem elektrischen Strom eine größere oder geringere Schwächung hervor; das Bild wird sozusagen in Stromschwankungen umgewandelt. Der Strom wird nun auf die entfernte Station geleitet, vorläufig noch durch Drahtleitung. Dort dreht er einen Spiegel, und zwar viel, wenn es ein starker Strom ist, und wenig bei einem schwachen. Hierdurch läßt sich erreichen, daß ein Bildelement entsteht ganz ähnlich wie das auf der Senderstation. Nun muß aus den einzelnen Bildelementen ein wirkliches Bild herbeigebracht werden. Dies ist dadurch möglich, daß das Auge eines Bildelementes längere Zeit beibehält. Werden der Reihe nach alle Bildelemente herbeigebracht, so entsteht wirklich wieder das lebensvolle Bild, ja, es werden sogar, ähnlich wie beim „Kino“, alle Bewegungen des Bildes getreulich mitübertragen. Freilich ist es hierzu nötig, daß selbst beim „Fernsehen“ eines ziemlich kleinen Bildes von 5 Zentimeter Länge und 3 Zentimeter Breite etwa 25000 Eindrücke in der Sekunde telegraphiert werden. Es ist selbstverständlich, daß dies nur nach Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten und mit fast unglaublich feinen und zart gebauten Apparaten gelang. Mit außerordentlicher Fähigkeit hat Mikalich viele Jahre dieser Aufgabe gewidmet, und viele der von ihm benannten Apparate selbst erfunden oder soweit verbessert müssen, daß dies neuen Erfindungen gleichtam. Das Prinzip des Mikalich'schen Fernsehens ist ganz ähnlich wie das der Bildtelegraphie von Professor K r i t z u r k o r n, aber diese gestattet nur die telegraphische Übertragung eines gegebenen Bildes, von dem er eine photographische Nachbildung entziehen läßt. Der Mikalich'sche Apparat läßt uns hingegen alle Bewegungen des Urbildes mit eigenen Augen erschauen. Die Bedeutung dieser Erfindung ist vorerst noch gar nicht abzusehen. Dr. Kr.

Die C. P. K. Unter diesen drei Buchstaben wird in Kanada die Canadian Pacific Railway verstanden, jene große Eisenbahn, die in Kanada zum ersten Male einen direkten Verkehrsweg zwischen den Küsten des Atlantischen Ozeans und des Stillen Ozeans schuf. Diese Bahn, die von St. John in New-Braunswick ausgeht und bis Vancouver führt, hat eine Länge von rund 5700 Kilometern, das ist die Strecke Berlin—Hamburg um ungefähr das neunfache hinausgeschoben. Die C. P. K. die in den Jahren 1885/86 den Verkehr aufnahm, ist die größte Eisenbahn im gesamten britischen Weltreich und gehört mit zu den allergrößten Wirtschaftsunternehmen der Erde. Außer den Hauptlinien bedeckt sie noch verschiedene andere Eisenbahnlinien. Ingesamt machen die Direktoren der C. P. K. unternehmenden Linien die Länge von rund 24000 Kilometern aus. Aber diese Gesellschaft besitzt nicht nur Eisenbahnen, ihr sind auch noch viele andere Unternehmungen angeschlossen. Bei der Errichtung der Konzession wurde der C. P. K. zugleich der Befehl erteilt auf eine Länderstrecke von ungefähr 10 Millionen Hektar zuzustanden. Von diesen Landereien besitzt allerdings die C. P. K. nur noch ungefähr den vierten Teil, die übrigen Landereien sind meistens an Anwohner verkauft worden. Bei dem Handel mit Landereien beschränkt sich die C. P. K. nicht darauf, leere Strecken zu verkaufen, sondern sie verkauft auch Farmen mit Vieh, Getreide, Möbeln und allen anderen Einrichtungsgegenständen. Selbst die Bilder an den Wänden fehlen nicht. Weiter betreibt die C. P. K. die Dampfischiffahrt im großen. Sie besitzt eine Dampferflotte, die den großen eisernen Schiffsahrtsgesellschaften ziemlich gleich kommt, und läßt Schiffe verkehren nach Europa, Asien und Australien. Wer von London über Kanada nach Ostasien reisen will, braucht keine anderen Verkehrsmittel zu benutzen, wie die der Canadian Pacific Railway. Weiter hat die Gesellschaft in den verschiedensten Orten Hotels, in denen Tausende von Reisenden untergebracht werden können. Die C. P. K. hat ferner eigene Baderie, in denen sich die Reisenden Erholung gönnen können, ihr Telegraphen- und Telephonnetze hat eine Ausdehnung von 25 000—30 000 Kilometer. Der Gesellschaft gehören ferner große Getreidemüllereien und andere Industrieunternehmungen. Schon heute ist der Einfluß dieses riesigen Unternehmens in Kanada ganz gewaltig, er dürfte aber mit der weiteren Zunahme der Bevölkerung noch größer werden.

General Brobe.

Eine Wahlgeschichte von H. Jeller.

Als ich am Freitag vor der Präsidentenwahl in dem eine Stunde von der Bahn gelegenen Flecken H war, teilte man mir mit, daß dort am Wahltage der Stahlhelm noch eine große Aktion plante, und daß General Brobe persönlich erscheinen werde. Ich sollte in meinem Refectat schon etwas darauf eingehen.

General Brobe! Das war mir doch eine ganz unbekante Größe. Da nun in jener Gegend schon so mancher Schilddrüsenkreisläufer paßiert war, ersuchte ich die Genossen, mir doch am Montag Nachricht zu geben, was am Wahltage los gewesen sei.

Im Nachbarort war bereits ein Kapitän und auch ein General gewesen, worauf der dortige Stahlhelm nicht wenig stolz war, aber H war immer geschnitten worden, weil dort nicht der nötige Schneid und Prähler vorhanden war. Man hatte die große Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie gelblich ausgemalt, und jeder Arbeiter, der nicht ein Mitglied des Stahlhelms wurde, war dem Verhungern ausgeliefert. Man hatte deshalb wohl viele Mitglieder, aber als Soldat wurde man nicht angesehen.

Ein paar Unstg übergelte Bauern hatten es sich aber in den Kopf gesetzt, mal einen selbsthaltigen General im Orte zu haben. Da traf es sich nun kurz vor der Wahl, daß Bauer Rühmfort in der nahen Kreisstadt zum Herfelmarke gewesen war. Er hatte ein gutes Geschäft gemacht und die letzten Tropfen nicht mehr hinter die Binde, sondern schon auf die Binde gegossen. Als er mit der Bahn nach Hause fuhr, traf er mit vier Herren zusammen, in Gehrock und Zylinder, die eine Fahne bei sich hatten und anscheinend von der Beerdigung eines Kriegskameraden kamen. Immerhin waten sie in sehr degnügter Stimmung, und andauernd war von General Brobe die Rede.

Bauer Rühmfort sagte sich ein Herz, ging an die vier Herren heran und fragte, was dies für ein Herr General sei, er habe von ihm noch gar nichts gehört. Da blickte ein letzter Samenstahl der untergehenden Sonne über das Gesicht von Schneidmischer Hild, und eilfertig erzählte er nun, daß General Brobe schon seit Jahren in der Stadt wohne. Er habe im Felde seine drei Söhne verloren, seine Frau sei vor Gram gestorben, und so lebe er still und zurückgezogen, habe auch eine Uniform noch nie wieder getragen, sei aber sonst mit ganzem Herzen bei der Sache.

Ob man den mal zu einer Parade oder so was mal nach H bekommen könnte? Oh! Nichts leichter als dieses, das würde sich schon machen, am besten zum Wahltage, da könnte der Stahlhelm den Herrn General des Morgens an der Grenze des Fleckens empfangen, Parade abnehmen und dann mit wehenden Fahnen zum Wahllokal marschieren. Bloß dürfte vorher nichts weiter in die Deffentlichkeit kommen.

Bauer Rühmfort wurde ganz Feuer und Flamme. Der Auto sollte General Brobe mit seinem Adjutanten obgeholt werden, aber

auch das übernahm gleich Schneidmischer Hild. Rühmfort gab seine Viehhändler-Telephonnummer an, und alles andere sollte telephonisch geregelt werden.

Rühmfort kehrte unterwegs nochmals ein und freute sich nicht schlecht über das Geschäft. Er hatte den General besorgt, und die anderen mochten nun das Auto, Frühstück, Mittag, Teelzeit und Feuchtheiten herpassen. Schon kam er sich selber wie ein General vor.

Als die vier Gebrüder den Zug verlassen hatten, begaben sie sich ins Vereinslokal des Gejangsvereins Bardenchor, erludien den Witt, einen ganzen Stiefel einzuschleppen und an einer wichtigen Beratung teilzunehmen.

Schneider Hild, Barbier Blage, Pommesmacher Altsahn und Steinseher Kamm waren dafür bekannt, daß sie sich keinen Schilddrüsenkreisläufer antegeden ließen.

Heute mißte aber der Witt auch noch mithelfen. Wie war man eigentlich auf General Brobe gekommen? Barbier Blage war ein ehemaliger Sachse und tüchtiger Sänger, aber er hielt immer nur bis zur Generalprobe aus. War diese gut ausgefallen, dann ging es Haus für Haus, da wurde nur über den herrlichen Verlauf der Generalprobe gesprochen, in jedem Lokal war er zu treffen und verkaufte Programme. Alle auch seine Stimmbänder dabei und verlagte dann jedesmal bei der Aufführung. Dafür hatte er den Spitznamen „General Brobe“ weg!

Jetzt hieß es nun, die Parade in H zu inszenieren und für die Kandidatur Braun etwas herauszuholen. Zimmermeister Balkenbiede, der im Felde Offizierstellvertreter gewesen war, mußte von Barbier Blage mit Versteck und dem alten Kaiser-Wilhelms-Bort ausgestattet werden, der Witt mußte das Auto besorgen, und schon am anderen Morgen wurde Bauer Rühmfort anisophoniert.

Nun wurde in H bis zum Wahltage Paradeamt geflosst, daß manchem Augt und Bange wurde. Am Wahltage stand alles bereits Punkt halb acht Uhr an der Fleckensgrenze, und Punkt acht Uhr kam das Auto mit General Brobe, geschmückt mit einer schwarzweißen Fahne. Achtung wurde gerufen, der Präsenziermarsch gespielt, und General Brobe alias Zimmermeister Balkenbiede sprang mit einer Eleganz aus dem Auto, als sei er auf dem Dachsitze beim Reiten.

Schneider Hild und Barbier Blage waren Adjutanten. Bei denen haperte es etwas, aber aller Augen hingen an General Brobe. Mit Schneid schritt er dem Stahlhelm voran bis zum Wahllokal.

Beide Adjutanten heilten nun ein Wahllokal an, das mit einem Stahlhelm verziert war. Darauf stand:

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!
Stahlhelmsoldaten!
Wählt von allen Kandidaten nur
den ersten und besten!

In morgigen Worten feierte General Brobe den Stahlhelm und Ludendorff, seinen Heerführer, den das deutsche Volk nicht im Siede lassen dürfe; es sei ausgeschlossen, daß man einen Sozialisten,

wie Jarres, wählen dürfe. Allerdings sei im letzten Augenblick eine Parade von München und Berlin gekommen, die etwas unverständlich sei, denn wie gefleht die Zeitungen schon berichtet, und wie auch heute das Plakat zeige, solle man den Witt und den Witt wählen. Der Witt sei ja allerdings Braun, und der Witt sei Ludendorff. Aber Beweise! Beweise!

Ein Hoch aufs Vaterland, Adjutanten zur Wahl, und in Feld und Oid gings hinein. Born im Vortraum hing nun wieder ein Plakat: Nur ein Kandidat darf angekreuzt werden! was schon allerlei Verwirrung gab, aber die meisten dachten ja schon an Treibler, Weidhild und Schnabus.

Als die Wahl nach einer Stunde beendigt war, gings ins Frühstückslokal. Hier übernahmen mal die beiden Adjutanten die nötigen Reden, und man kam über alle Schwierigkeiten glücklich hinweg.

Als der Schnabus seine Wirkung bedeutend bemerkbar machte, verdrückte sich der Vorstand mit General Brobe und seinen Adjutanten ins gute Zimmer zum Mittagessen, wo dann auch General Brobe beriet, daß er auch hierin ein General sei. Da im Saale das Begrüß immer bedeutlicher wurde, war Rühmfort etwas leichter ums Herz, als General Brobe erklärte, man müsse nun auch noch rechtzeitig in der Stadt sein, um dort seine Pflicht zu erfüllen. Rühmfort hätte sich gar nicht getraut, General Brobe noch einmal in den Saal zu führen.

Man verabschiedete sich also herzlich und militärisch, und mit Hoch! und Hurra! gings wieder zum Dorfe hinaus.

Ble Junges behaupteten am Abend, das Auto sei mit einer roten Fahne aus dem Dorf gefahren, aber das wird wohl doch so alter Weiberkassid gewesen sein.

Was sich am Abend der Wahl in H noch zugezogen hat, darüber will ich kurz hinweggehen. Hundertundfiebenundfünfzig wahlberechtigte Mitglieder hatte der Stahlhelm. Neunundfünfzig unzulässige Stimmzettel waren abgegeben. Man hatte Braun und Ludendorff angekreuzt. General Brobe hatte es doch befohlen. Die anderen hatten sich noch dem Plakat im Vortraum gerichtet und war den ersten angekreuzt, was ja Genosse Braun war. Der übergroße Teil der anderen hatte sich gesagt, wenn der Stahlhelm soviel Lantam macht, kriegt Jarres und Ludendorff doch genug Stimmen, also können wir ruhig Braun wählen.

Rühmfort mußte den Abend noch in sein Haus rücken, und hätte er nicht ein paar große Wollbunde gehabt, sie hätten seinen Hof noch gefüllt. Hoffentlich hat er seine Auslagen fürs Auto schon einfallen.

In der Stadt war man noch adunostlos, was in H vor sich gegangen war. Als deshalb das Wahlergebnis von H kam, war man sprachlos. Hundertundfünfzig Stimmen für Braun, Jarres zweihundertfünfzig, Ludendorff eine und Thälmann eine, wein, das war doch eine Unmöglichkeit!

Als es am anderen Tage allmählich durchsickerte, was in H vor sich gegangen war, da hat man sich in der Stadt halb frant gelohnt, aber in H haben der Stahlhelm und die Hunde geschult.

